

Verbraucher zum Feilschen aufgefordert

TAGESSCHAU

POLITIK

Rucksackbombe: Die umstrittenen atomaren Miniprensätze der Amerikaner werden bis spätestens 1988 aus der Bundesrepublik abgezogen.

Gedenktakt: Der Bundestag wird voraussichtlich am 8. Mai in einer Sondersitzung des Endes des Zweiten Weltkriegs und der NS-Herrschaft vor 40 Jahren gedenken.

Berliner Wahlen: Die Grünen sind vom Landeswahlschluß nur unter Vorbehalt zugelassen worden.

Palästinenser: Eine neue Friedensinitiative zur Lösung der Palästinenserfrage kündigte der frühere österreichische Bundeskanzler Kreisky an.

Nene Doktrin: Der griechische Kabinettsrat für Außen- und Verteidigung hat eine neue Verteidigungsdoktrin gebilligt.

Israel: Regierungschef Peres befriegt gestern den für Sicherheitsfragen zuständigen Sonderausschuß des Kabinetts zu dringenden Beratungen über die Zukunft der Militärverhandlungen mit Libanon.

Entführung: Der am Donnerstag in Beirut entführte Schweizer Diplomat Eric Wehrli ist von schiitischen Milizen befreit worden.

Apertide: Sieben führende Wirtschaftsverbände Südafrikas, deren Mitglieder 80 Prozent der Arbeitnehmer des Landes beschäftigen, haben von der Regierung die Aufhebung der Rassentrennung verlangt.

Reagan: Die Popularität des US-Präsidenten hat den höchsten Stand seit Beginn seiner ersten Amtszeit erreicht.

Heute: Pressekonferenz Reagans zu Genfer Gesprächen. - NRW-Ministerpräsident Rau beginnt "DDR"-Besuch. - FDP-Präsidium tagt in Berlin.

ZITAT DES TAGES



Ich werde keine unbedachten Versprechungen machen, aber auch nicht in Euro-Pessimismus verfallen.

Jacques Delors, neuer Präsident der EG-Kommission, in einer Pressekonferenz nach seinem Amtsantritt (S. 10)

WIRTSCHAFT

Ärztenschwemme: In der Bundesrepublik werden nach Darstellung des Zentralinstituts für lasserärztliche Versorgung bis 1995 112 000 Ärzte neu approbiert werden.

Baugemann: Der massive Aufwärtsschub Japans ist das beherrschende Thema der gestern begonnenen Gespräche des Bundeswirtschaftsministers in Tokio.

Ölmarkt: Die Weltrohölproduktion ist im vergangenen Jahr erstmals seit 1979 wieder gestiegen.

Börse: Zum Teil hauserartige Kurssteigerungen gab es am deutschen Aktienmarkt.

Geistliche Musik: Wie kaum ein anderer Ort ist Jerusalem berufen, die Traditionen geistlicher Musik zu pflegen.

Puppen: Deutschen Spielpuppen aus der Zeit zwischen 1890 und dem Zweiten Weltkrieg, ein Sammelgebiet, das neuerdings besonders unter Frauen vehement am Beliebtheit gewinnt.

Ski: Der Schweizer Thomas Bürgler gewann in Schladming den Weltcup-Riesentorlauf.

Stolze Zoo-Investor: Mit 10 542 Tieren und 1579 Tierarten bleibt der Zoologische Garten in Berlin der größte der Welt.

Wetter: Bedeckt, teilweise Schneefall, um 5 Grad minus.

AUS ALLER WELT

Schoell: In der Affäre um den angeblichen Raubüberfall des früheren FDP-Spitzenpolitikers prüft die Polizei, ob auch Familienangehörige eventuell mit dem Verbrechen zu tun haben.

Meinungen: Die neue alte Kampagne - Gastkommentar von Michael Voslensky S. 2

DDR: Ein leiser Hauch von Selbstständigkeit - Überall schlägt Geschichte durch S. 3

Rheinland-Platz: Die Umbildung seines Kabinetts bereitet Vogel noch Kopfzerbrechen S. 4

Medien: „Der Staat muß den Privatfunk schützen“ - Von Professor Reinhart Richter S. 6

Forum: Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7

Schnee und Glätte behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Dregger: Wichtiger als die Grenzfrage ist die Freiheitsfrage

Plädoyer für Ergänzung des Schlesier-Mottos / Gespräch mit der WELT

DW. Bonn In der aktuellen Diskussion um die Oder-Neiße-Linie hat der CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger an die Absicht des sowjetischen Diktators Josef Stalin erinnert, „ewige Feindschaft zwischen Deutschen und Polen“ zu stiften.

Deutschen und Polen zu stiften. Ich warne Polen und Deutsche davor, dieses Vermächtnis Stalins zu erfüllen. Wichtiger als die Grenzfrage ist für beide Völker die Freiheitsfrage.

WELT: Die Landsmannschaft Schlesiens hat ihr nächstes Treffen unter das Motto gestellt, Schlesiens bleibt unser. Was meinen Sie dazu?

Dregger: Die Westverschiebung Polens, das heißt die Anexion Ost-Polens durch die Sowjetunion, die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Deutschland und die Umsiedlung der Ost-Polen in die Heimat der Ost-Deutschen (unter anderem Schlesiens), war eine Operation, die Stalin durchgesetzt hat.

Nach drei Sitzungen Schweigen in Genf

Shultz und Gromyko gaben sich locker / Beide Seiten wahren strikte Diskretion

BERNHARD CONRAD, Genf Unter strengster Absicherung gingen gestern die zweitägigen Genfer Gespräche des amerikanischen Außenministers George Shultz mit seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko über die Möglichkeit neuer Abrüstungsverhandlungen in ihre letzte Runde.

Über einstimmigkeit oder den Umfang fortbestehender Sachdifferenzen, besonders in dem entscheidenden Streitpunkt: dem von Moskau scharf abgelehnten amerikanischen Forschungsprogramm für eine „strategische Verteidigung“ im Weltraum.

An die Öffentlichkeit drangen nur atmosphärische Nuancen. Aufreißend war das Gromyko schon am Montag, nachmittags in der US-Botschaft aufgeklettert wirkte als beim morgendlichen Gesprächsbeginn in der Sowjetbotschaft.

Wie strikt die Geheimhaltung des Sachstands in Genf von den Amerikanern gehandhabt wurde, zeigte ein Vorfall um Mitternacht im Café des Intercontinental-Hotels.

Wieder Diskussion über Kontaktsperre

Wernitz (SPD): Von inhaftierten Terroristen darf keine Gefahr mehr ausgehen

PETER PHILIPPS, Bonn Die Serie neuer Terror-Anschläge in den vergangenen Wochen hat in Bonn die Diskussion um eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen aufleben lassen.

Wernitz hat diesen Gedanken jetzt in der Hannoverischen Neuen Presse aufgegriffen und „Konsequenz und Härte bis hin zur Verschärfung gesetzlicher Bestimmungen“ gefordert.

Bereits in der vergangenen Woche hatte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Alfred Emmerlich, davon gewarnt, „die herausfordernde Gefahr zu unterschätzen“, die sich in den neuen Anschlägen zeigt.

Während auch vom innenpolitischen FDP-Fraktionssprecher Burkhard Hirsch kritisiert wurde, daß derzeit „keine Verantwortung zu übernehmen“ bestehe, ist die Kontaktsperre ein „unangenehm“ dies auch sei, so militärisch doch „sämtliche früheren Maßnahmen“ zur Sicherung von Personen und Einrichtungen wieder in Kraft gesetzt.

Zwei Abgasgrenzwerte für Altwagen?

Koalitionsgespräch über Experten-Vorlage / Umstellung läuft schneller an als erwartet

HEINZ HECK, Bonn Vor dem heutigen Koalitionsgespräch über die steuerliche Entlastung nachgerüsteter Altfahrzeuge zeichnet sich ab, daß es voraussichtlich doch zwei zusätzliche Abgasgrenzwerte geben wird.

mentarischen Beratung befindet, verabschiedet werden soll. Wie in der gestrigen Ausgabe berichtet, werden die Besitzer von nicht nachgerüsteten Altfahrzeugen von 1986 an mit einer Kfz-Steuer um 20 Mark je hundert Kubikzentimeter rechnen müssen.

Die Experten der Ministerien haben nach mehreren Sitzungen auch gestern noch an der Vorlage für das heutige Gespräch der Koalitionsexperten gearbeitet.

mobilmarkt wesentlich rascher vollzogen sein wird, als bisher zum Beispiel von Innenminister Zimmermann befürchtet. Gelänge der Industrie die rasche Umstellung ihrer Fahrzeuge auf Katalysatorbetrieb im Laufe dieses Jahres, so käme der „Strafsteuer“ von 21,80 Mark mangels Masse kaum noch Bedeutung zu.

DER KOMMENTAR

Konsequenz

ENNO v. LOEWENSTERN

Es ist verblüffend, nach all den sozialdemokratischen Anschlägen an die so oft gewalttätigen und gewaltrechtfertigen Straßendemonstranten jetzt von zwei prominenten Sozialdemokraten den Ruf nach dem Kontaktsperregesetz zu hören.

Dregger: Nein, Revanchistische Politik läge weder im Interesse der Deutschen noch der Polen. Sie läge allenfalls im Interesse des sowjetischen Imperialismus.

Damals hatte es die ersten ernsthaften Spekulationen über eine Abstimmung quer durch die Parteien ohne Rücksicht auf Koalitionsbindungen gegeben, ehe die

SFD sich zähneknirschend unterwarf. Könnte es SFD-Politikern interessant erscheinen, jetzt einen Keil in die neue Koalition zu treiben? Das ist sicherlich nicht das Motiv.

Wir dürfen wohl davon ausgehen, daß hier zwei Politiker wirklich nach ihrem Gewissen gesprochen haben.

Am sogenannten Hungerstreik beteiligen sich dreißig wegen Terrorismus Verurteilte oder Beschuldigte.

Die milde Witterung sowie die konjunkturelle Verbesserung kommen, so Franke, in der Entwicklung der saisonal bereinigten Arbeitslosenzahlen zum Ausdruck.

Entführung „ganz oben“ beschlossen

DW. Thorn

Der polnische Geheimpolizei-Hauptmann Grzegorz Piotrowski, der wegen der Entführung und Ermordung des Priesters Jerzy Popieluszko in Thorn vor Gericht steht, hat gestern ausgesagt, die Entscheidung zur Entführung des Pfarrers sei „ganz oben“ gefällt worden.

Das war kein Witz, sondern eine Folge der von Präsident Ronald Reagan schon bei der internen Vorbereitung der Genfer Gespräche verordneten absoluten Diskretion.

Nur geringer Anstieg der Arbeitslosigkeit

PETER JENTSCH, Bonn

Die „ein wenig bessere Konjunktur“ sowie die milde Witterung Ende 1984 haben nach Darstellung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, zu einem „in der ersten Dezemberhälfte geringen Anstieg der Arbeitslosigkeit“ geführt.

Die milde Witterung sowie die konjunkturelle Verbesserung kommen, so Franke, in der Entwicklung der saisonal bereinigten Arbeitslosenzahlen zum Ausdruck.

Kampfkraft der Khmer bleibt ungebrochen

Vietnamesen überrannten Hauptquartier der Befreiungsfront

CHRISTEL PILZ, Bangkok Unter intensivem Artillerie- und Panzerbeschuß haben vietnamesische Elitetruppen das schwer befestigte militärische Hauptquartier der Nationalen Befreiungsfront (KNPLF) überrannt und die etwa 5000 Verteidiger zur Aufgabe ihres Lagers „Ampil“ gezwungen.

15 000 bewaffnete Kämpfer zählt. Keinesfalls aber sind damit die Kampfkraft und der Kampfeswillen dieser nichtkommunistischen Widerstandsgruppe gebrochen.

Kampfkraft der Khmer bleibt ungebrochen

Vietnamesen überrannten Hauptquartier der Befreiungsfront

Die KNPLF-Truppen haben sich zur Rückeroberung dieses strategisch wichtigen Lagers neu formiert.

Bei den jüngsten Kämpfen sind über hundert Geschosse vietnamesischer Artillerie auf thailändischem Boden eingeschlagen.

Psychologisch ist der Verlust von „Ampil“ ein schwerer Schlag für die Soo-Sann-Gruppe, die insgesamt

Das beste eine gute Versicherung

SIGNAL

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Höhepunkt überschritten

Von Peter Gillies

Die Arbeitslosigkeit bleibt die gewichtigste innenpolitische Herausforderung. Im Jahresdurchschnitt 1984 waren 2,266 Millionen erwerbslos gemeldet, fast genauso viel wie im Jahr zuvor. Hoffnung ist aus der Statistik nur in homöopathischen Dosen zu ziehen. Zwar bewegt sich die absichtsvoll beschworene Horrorgeschichte von drei, vier oder mehr Millionen Arbeitslosen fern jeder Realität, indes ist auch auf mittlere Sicht Vollbeschäftigung nicht absehbar.

Filtert man jedoch die Saison-Einflüsse aus der Statistik heraus, ergibt sich seit August 1984 eine stete Verbesserung der Lage. Im vergangenen Jahr hat sich die Kurzarbeit nahezu halbiert, es wurden rund zwölf Prozent mehr offene Stellen bei den Arbeitsämtern gemeldet.

Daß der Sozialstaat daran nicht zerbricht, ist Gütesiegel und Herausforderung zugleich. Man mag die Ungeduld derer verstehen, die durch Griff in die Staatskasse Arbeitsplätze „beschaffen“ möchten, aber sie wäre ein schlechter Ratgeber. Die Erfahrungen ermuntern nicht. Noch frisch in der Erinnerung ist das Bauprogramm von 1982, das unter Milliardenkosten „ankurbelte“, aber keine nachhaltigen Beschäftigungswirkungen zeitigte. Vielmehr ist die Krise der Bauwirtschaft nur aufgeschoben, keineswegs aufgehoben worden.

Der sibirisch-kalte Jahresbeginn dürfte die Arbeitslosenzahlen nochmals emportreiben, aber in diesem Jahr werden sie bereits für kurze Zeit die Zwei-Millionen-Marke unterschreiten. Mit aller Vorsicht deshalb die Prognose: der Höhepunkt der Beschäftigungskrise ist überschritten. In den USA wurden in einem Jahrzehnt rund zwanzig Millionen Arbeitsplätze geschaffen, in der Bundesrepublik ging dagegen eine Million verloren. Je opulenter die Absicherung bestehender Arbeitsplätze ist, desto schwerer ist es, unter hohen Kosten neue einzurichten.

Vieles spricht jedoch dafür, daß dem schwungvollen Export eine Investitionsbelebung folgt. Die Personalplanungen springen in den meisten Branchen auf Grün. Das ist bei einem erstarrten Arbeitsmarkt schwieriger als auf flexiblen wie in den USA. Das deutsche Beschäftigungswunder dauert etwas länger.

Warnung an Washington

Von Werner Thomas

Die Regierung von Honduras hat den „Contras“ die Tür gewiesen. Sie will nicht mehr dulden, daß die antisandinistischen Guerrilla-Verbände von honduranischem Gebiet den Krieg gegen das marxistische Nicaragua führen. Am Wochenende wurde der Indianerführer Steadman Fagoth Müller festgenommen. Er soll nach Miami abgeschoben werden.

Diese Entscheidungen lösen in Mittelamerika und Washington Überraschung und Verwirrung aus. Ändert der bisher engste Verbündete der USA in dieser Region seinen Kurs?

Außenminister Edgardo Paz Barnica erläuterte, sein Land wolle den „Souveränitätsanspruch“ unterstreichen und „mit den Nachbarn in Frieden leben“. Diplomatische Beobachter glauben jedoch, daß hinter diesen Entwicklungen auch die Absicht steht, ein warnendes Signal an Washington zu senden.

Das Verhältnis zwischen Honduras und den USA war nie so harmonisch, wie es schien, obwohl die Regierung der Präsidenten Roberto Zuazo Cordova die antisandinistischen Partisanen lange unkontrolliert gewähren ließ, obgleich die Streitkräfte beider Nationen eine Reihe gemeinsamer Manöver durchführten und obgleich die Vereinigten Staaten Stützpunkte und eine Militärschule einrichten durften. In Honduras gab es immer Leute, denen Washingtons Wünsche zu weit gingen. Paz Barnica zählt dazu.

Diese Kritiker haben nun Auftrieb erhalten durch die Konfusion in Washington. Das State Department sieht noch immer die Möglichkeit einer diplomatischen Lösung, die Pentagon und die CIA-Führung nicht. Die Reagan-Regierung bemüht sich um eine Wiederaufnahme der vom Kongreß stornierten Hilfe für die antisandinistischen Freiheitskämpfer, die Opposition auf dem Kapitolshügel will diese Absichten jedoch durchkreuzen, und ihre Chancen sind gut. Da die Sandinisten wieder massive Waffenlieferungen aus dem Ostblock erhielten, könnten die „Contras“ bald militärisch in Bedrängnis geraten.

In der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa ist zu erfahren, daß die Regierung Zuazo Cordova noch mit sich reden lassen will über die Situation der Rebellen. Voraussetzung sei jedoch eine klare Linie der USA. Der Ball ist in Washington.

Das andere Deutschland

Von Joachim Neander

Es mehren sich die Fälle, in denen die „DDR“ hierzulande das „andere Deutschland“ genannt wird. In Rundfunksendungen taucht dieser Begriff – scheinbar ganz simpel und selbstverständlich aus dem „anderen Teil Deutschlands“ fortentwickelt – sogar schon als verbindender Obertitel für Berichte von drüben auf.

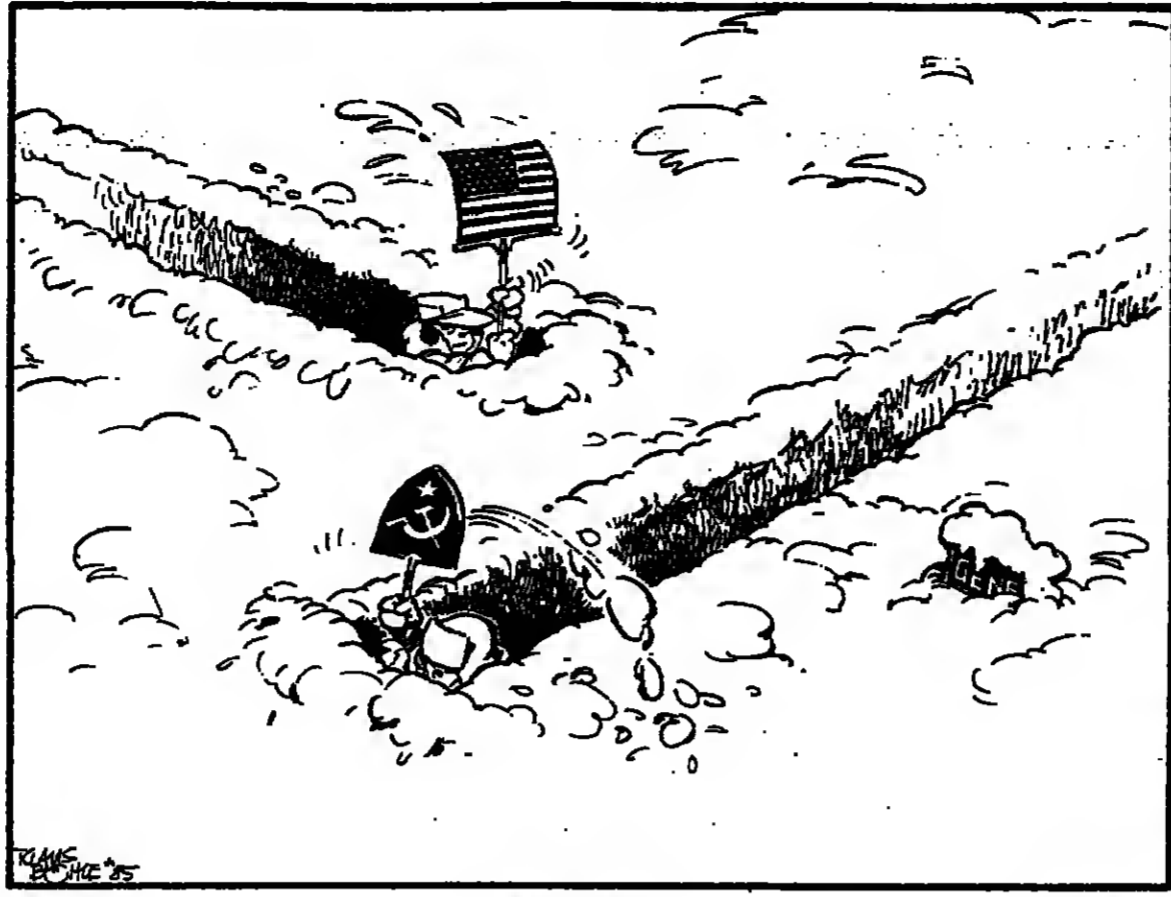
Viele, vor allem jüngere Menschen werden nichts Böses dabei denken. Im Gegenteil, die neue Formel scheint doch trutzig festhalten am Gemeinsamen, Widerstand gegen die Abgrenzungssprache der SED zu enthalten. Auch drüben ist Deutschland – da klingt doch Gewissheit mit, daß die dauernde Trennung wider alle Logik der Geschichte sei.

Aber dabei wird vergessen, daß das „andere Deutschland“ ein fest von Inhalt geprägter Begriff ist, nicht mehr frei verfügbar für neue Bedeutungen. Mit ihm haben in den Jahren des Nationalsozialismus aufrechte Deutsche und wirkliche Freunde Deutschlands der übrigen Welt klarzumachen versucht, daß Hitler, die NSDAP, der Rassenwahn, die SS und die Konzentrationslager nicht dasselbe seien wie Deutschland.

Das „andere Deutschland“ – das meinte die Verfolgten, die Emigranten, die zum Schweigen Gebrachten genauso wie die auch von NS-Staat nicht pervertierte geistige Tradition. Das meinte auch jene Deutschen, die innerhalb des NS-Machtbereichs unter eigener Lebensgefahr Juden halfen oder sie versteckten, die tapfer an geschriebenen und ungeschriebenen Recht festhielten, obwohl ihnen unter Drohungen anderes befohlen war. Das „andere Deutschland“ war das bessere, das eigentliche, im Grunde nicht zerstörbare Deutschland.

Es wäre fast gespenstisch, würde dieser Ehrentitel nun fast unbemerkt an die „DDR“ weitervererbt, an einen Staat, der seine Bewohner mittels Maschinenpistolen und Schießautomaten von den Grenzzäunen und mit Erpressung aus fremden Botschaftsgebäuden einsammeln muß.

Daß auch drüben Deutschland ist, bleibt wahr. Daß es dort sehr anders zugeht, bezeugen die Flüchtlinge. Aber das „andere Deutschland“ für den SED-Staat – das wäre eine Verhöhnung derer, die wirklich das „andere Deutschland“ waren.



Man trifft sich

KLAUS BÖHLE

Die neue alte Kampagne

Von Michael Voslensky

Die sowjetische Propagandakampagne gegen den „westdeutschen Revanchismus“ wird hartnäckig fortgesetzt. Was ist ihr Zweck?

Die sowjetischen Führungskreise glauben natürlich nicht an einen Bonner Revanchismus. In der Tat: Welchen Sinn hätte er? Das Kräfteverhältnis zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik ermuntert in keiner Weise dazu, mit dem Gedanken an eine kriegerische Rache für die Niederlage an der Ostfront zu spielen. Deshalb gibt es hier keinen normalen Menschen, der an ein solches Abenteuer denkt. Das ist jedem in der Bundesrepublik so klar, daß es schade um die Zeit ist, darüber länger zu schreiben.

Etwas anderes ist wahr: Die Nomenklatura erwartet keine besonders warme Sympathie von der deutschen Bevölkerung – in Ost und West. Der sowjetische Viersterne-General Iwan Iwanowitsch Fedjuninski, der frühere stellvertretende Oberkommandierende der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, sagte mir in Dresden im Oktober 1970: „Die Deutschen werden uns das nie verzeihen, was wir ihnen angetan haben. Wir haben das halbe Deutschland unter unsere Kontrolle gebracht, ihre Fabriken demontiert, Reparationen bekommen, mit ihren Soldaten und auch mit der Zivilbevölkerung waren wir nicht zimperlich. Welches Volk wird das schon vergessen?“

Aber diese in Nomenklaturkreisen ziemlich verbreitete Einstellung hat mit unrealistischen Befürchtungen vor einem deutschen Angriff auf die Sowjetunion nichts zu tun. Übrigens – sollten die Sowjets tatsächlich aus immeriger Überzeugung über den „westdeutschen Revanchismus“ reden, wieso hätten sie mehr als zehn Jahre darüber geschwiegen? Nein, keine Überzeugung, sondern politische Taktik führt Moskau wieder in einen „Anti-Revanchismus“-Kampf.

Sein Zweck befindet sich im Einklang mit strategischen Zielen der sowjetischen Europapolitik. Moskau will Westeuropa von Amerika abkoppeln und die NATO lähmen. Auf die Bundesrepublik bezogen, bedeutet das den Versuch, die Bonner Politik bei anderen NATO-Mitgliedstaaten, einschließlich der USA, suspekt zu machen und die Bundesrepublik als das stärkste europäische NATO-Land politisch in die Defensive zu drängen. Der aus Stalins Motte her ausgeholte Popanz des „westdeutschen Revanchismus“ soll diesem Zweck dienen. Die Moskauer Ankläger des Bonner „Revanchismus“ versuchen den NATO-Staaten zu suggerieren, Bonn wolle das Stippen seiner „revanchistischen Pläne“ unter der Maske der NATO-Treue kochen und dies könne seine ahnungslosen Verbündeten in Gefahr bringen. Zwar ist eine solche Konstruktion auf Sand gebaut, man hofft aber in Moskau auf einen gewissen Erfolg. Werden doch die Siegesfeierlichkeiten in Ost und West im Mai dieses Jahres für eine versuchte Wiederbelebung antideutscher Stimmungen im Westen günstig sein. Daher das Timing der sowjetischen „Revanchismus-Kampagne“: Die Monate vor den Feiern.

Wie immer bezieht Moskau die deutsche innenpolitische Landschaft in sein Kalkül ein. Die Friedensbewegung hat den Krimi enttäuscht. Sie erwies sich als zu unfähig pazifistisch und ließ sich nicht in dem Maße für die Ziele der sowjetischen Aufrüstung mißbrauchen, wie man in Moskau gehofft hatte. Jetzt aber wirft die sowjetische Propaganda die Revanchismuslüge als einen Zankapfel in die Bonner parteipolitische Arena. Vielleicht wird die Opposition diese faule Frucht gegen die Regierungskoalition verwenden!

Die sowjetischen Berechnungen sind klar. Noch klarer ist, daß der „westdeutsche Revanchismus“ eine glatte Erfindung ist, ein Phantom, ein Nichts.

Aber auch in der Bundesrepublik beginnt man, über dieses Nichts zu diskutieren – in der Form der Demütis und der Kritik an Parolen der Verbündetenverbände. Seinerzeit in Moskau wundert wir uns insgeheim über die für uns unerklärliche Bereitschaft der Menschen im Westen, auf jede noch so unseriöse Erfindung der östlichen Propaganda mit ungebührendem Ernst zu reagieren. Genau so einen Fall erleben wir jetzt.

Jede Bonner Entgegnung: „Wir sind keine Revanchisten!“ erfüllt Moskauer Propaganda-Funktionäre nicht mit Scham, sondern mit berechtigtem Stolz getaner Arbeit. „Ihr seid Revanchisten!“ werden sie jetzt erst recht genüsslich laut wiederholen. Dieser inhaltlose Dialog kann nur ein Ergebnis haben: Allmählich wird der Eindruck in der Welt entstehen, es sei wohl doch etwas Wahres an der Revanchismusbeschuldigung, sonst hätte man sie in der Bundesrepublik nicht ernst genommen.



GAST-KOMMENTAR

Professor Dr. Michael Voslensky, früher Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, leitet heute ein Institut zur Erforschung der UdSSR in München. FOTO: HANS HOFF

Was sollte man tun? Als gebürtiger Russe empfehle ich, dem in russischen Sprichwort ausgedrückten Prinzip zu folgen: „Der Hund bellt, der Wind weht“, als österreichischer Staatsbürger empfehle ich die bekannte Formel: „Nicht einmal ignorieren“. Dann würde die ignorierte Kampagne bald langweilig werden und sich zusammenfallen.

Shakespeare hat eine präzise Formel geprägt: „Viel Lärm um nichts“. Lohnt sich dieser Lärm?

IM GESPRÄCH Fidel Ramos

Neuer Wind in Manila

Von Christel Fitz

Dem neuen Generalstabschef der philippinischen Streitkräfte, Generalleutnant Fidel Ramos, gilt die Zeit. Denn wenn Präsident Marcos aus Gesundheitsgründen ausscheiden muß, wird dies die Stunde des Bekennens der Streitkräfte sein. Werden sie die Macht ergreifen, wie das Volk dies unter dem Ramos-Vorgänger, Fabian Ver, befürchtet hatte? Oder werden sie sich darauf beschränken, nur stabilisierend zu wirken, als Hüter der Verfassung, der zivilen Regierung unterstellt?

Ramos hat Loyalität zur Verfassung gelobt. Er genießt Vertrauen, denn er hat die Extravaganzen der Marcos-Entourage nicht mitgemacht, obwohl er seine Karriere Marcos verdankt. Ramos, 57 Jahre alt, blieb ein Mann des einfachen Lebens. Er ist besonnen und stetig, nicht flamboyant, eher trocken. Er fragt soldatisch nach dem Professionalismus seiner Leute, nicht nach persönlichen Loyalitäten zu ihm oder dem Präsidenten. Nach Absolvierung der amerikanischen Militärakademie West Point wurde er Ranger und Fallschirmjäger; er hat philippinische Truppen in Südkorea und Südvietnam kommandiert.

Als 1981 der Generalstabsposten neu zu besetzen war und Marcos sich nicht für Ramos, sondern für seinen Geheimdienstchef General Ver entschied, war Ramos enttäuscht. Zwar wurde er Vize-Stellvertreter, aber das bedeutete wenig; selbst als Kommandeur der paramilitärischen Feldpolizei und der nationalen Polizei unterstand er General Ver. Fabian Ver stand Marcos näher. Wichtiger: Er hatte die Unterstützung der einflussreichen Marcos-Gattin Imelda. Jetzt wird es Ramos sein, der ihre Nachfolgeambitionen in das Präsidentenamt blockiert; nicht aus Revanche, sondern weil sie die bestgehaltene Frau des Landes ist.

Die Wende kam am 24. Oktober. General Ver mußte unbefristeten Urlaub antreten. Weder er noch Marcos hatten verhindern können, daß er sich wegen seiner wahrscheinlichen Verwicklung im Mord an dem Oppo-



Vorerst nur „amtierend“: Generalstabschef Ramos. FOTO: AP

sitionsführer Benigno Aquino vor Gericht zu verantworten hat. Ramos rückte auf. Schon seine ersten Appelle machten klar, wo er die Prioritäten sieht: den Ruf der Streitkräfte zu revidieren, so daß sie in Zukunft nicht als Unterdrücker, sondern als Beschützer des Volkes erscheinen. Es spricht für ihn, daß es jetzt die wenig militärfreundliche Opposition ist, die auf seine endgültige Berufung drängt.

Noch ist Ramos nur „amtierend“ im Amt. Noch hat er nicht das Sagen über Umbesetzungen und Beförderungen. Das aber ist, was den jüngeren Offizieren am meisten auf dem Herzen brennt. Sie fordern, daß die Generale, die das Pensionsalter überschritten haben und dennoch die Schlüsselpositionen der fast dreihunderttausend Mann starken Streitkräfte kontrollieren, endlich verabschiedet werden. Das sind mehr als fünfzig. Ramos hat dazu die volle Unterstützung von Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile.

Beide sind jetzt ein Team. Beide sind im Volk, bei der Truppe und den jüngeren Offizieren respektiert und beliebt. Es liegt an Präsident Marcos, ob er ihnen freie Hand gewährt, die Streitkräfte zum Professionalismus zurückzuführen. Wenn nicht, riskiert er viel bei den jüngeren Offizieren.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Die nicht überlappende für eine Verfestigung der Supermacht:

Was dereinst herauskommen wird, hängt sehr von der Art und Weise ab, wie die Unterredungen geführt werden. Ein praktikabler Kompromiß ist nur dann zu erwarten, wenn sie in der Stille stattfinden. Fängt das Zunftfenster-binaus-Reden an, wäre das ein schlechtes Zeichen. Freilich gehört dies zur Taktik, vor allem der östlichen Seite. Sie hat hier von Haus aus einen Vorteil. Der Krimi braucht auf niemanden zu hören, fällt seine Entscheidungen nach Gutdünken. Die amerikanische Seite muß Rücksicht nehmen auf den Präsidenten, auf „Tauben“ und „Falken“ im Kabinett, auf Senat und Repräsentantenhaus, auf die öffentliche und veröffentlichte Meinung, auf die Wähler und auf die europäischen Verbündeten. Die Sowjets sind es gewohnt, auf der Klaviatur dieser Rücksichtnahmen virtuos zu spielen.

Röfner Stadt-Anzeiger

Er meint man Fall Scholl:

Natürlich reizt die Vorstellung, daß ein Doktor der Rechte, der bis vor kurzem hohe Parteiamter innehatte, sich als brutaler Krimineller entpuppt. Man mag auch fragen, ob die FDP in Rheinland-Pfalz gut beraten war, als sie 1982 Scholl, obwohl er gerade erst mit Mühe einem Verfahren wegen Veruntreuung entgangen war, zum Fraktionsvorsitzenden wählte. Und zu wohlfeilen Witzen

über die FDP und ihren chronischen Geldmangel wird nun manch einer sich versucht fühlen. Aber die Befürchtung des FDP-Politikers Döring, die Partei könne für Scholl in „Sippenhaft“ genommen werden, ist ja wohl nicht ernst zu nehmen. Wer der FDP, wenn der Verdacht gegen Scholl sich bestätigen sollte, diesen Fall anhängen wollte, würde sich lächerlich machen.

LA SUISSE

Die Genfer Zeitung schreibt zu dem Gespräch in ihrer Stadt:

Der Grund der Dinge ist der, daß die USA und die UdSSR heute ein dringendes und vorrangiges Interesse daran haben, das Anwachsen ihrer Verteidigungsausgaben zu verlangsamen. Ein Abkommen ist daher nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich. Diesen Punkt sollte man niemals aus den Augen verlieren, ganz gleich, wie die Verhandlungen verlaufen.

FINANCIAL TIMES

Die Londoner Zeitung beurteilt die Schwierigkeiten, die Gandhi haben wird:

Das allergrößte Problem, das der Ministerpräsident Rajiv Gandhi überwinden muß, ist die Trägheit der indischen Gesellschaft. Sein Kampf gegen Korruption und für größere Effizienz mag zwar die Phantasie einiger in der Spitze beflügeln. Doch wird er scheitern, wenn nicht auch die unteren Ränge involviert sind. Jawaharlal Nehru hat die britischen Kolonialherren herausgefordert und gewonnen. Sein Enkel Rajiv Gandhi muß die tiefverwurzelte indische Tradition besiegen. Das ist die schwerere Aufgabe.

Es läuft doch auf Rückzug aus Neukaledonien hinaus

Pisanis Vorschlag enthält nur ein Mäntelchen / Von August Graf Kageneck

Die Weichen sind gestellt. Mitterrands Sonderkommissar für Neukaledonien, Edgar Pisanis, hat der Öffentlichkeit einen Plan für die politische Zukunft des Übersee-Territoriums unterbreitet, der auf eine Entlassung des pazifistischen hinausläuft.

Eine Unabhängigkeit, die formell noch einer Abstimmung der 145 000 Inselbewohner unterworfen werden soll und noch mit dem Mäntelchen eines Statuts der „Assoziation mit Frankreich“ umkleidet wird, um der Opposition in Frankreich keine allzu großen Reibungsflächen zu bieten. Aber niemand gibt sich einer Täuschung darüber hin, daß die Inseln am Ende des Prozesses ein ebenso souveränes Staatsgebilde wie alle anderen ehemaligen Kolonien Frankreichs sein werden, über dessen künftigen Kurs im westöstlichen Spannungsfeld Paris ein nur sehr beschränktes, wenn überhaupt ein Mitbestimmungsrecht haben wird. Der Plan Pisanis entspricht gewiß

den Überzeugungen Mitterrands über den Wert kolonialer oder semi-kolonialer Besitzungen einer europäischen Weltmacht im ausgehenden 20. Jahrhundert.

Der Kandidat Mitterrand hatte im Präsidentschaftswahlkampf 1981 klar zu erkennen gegeben, daß er für eine Überführung der letzten französischen Überseebesitzungen (es sind ihrer sieben) in die Eigenstaatlichkeit sei. Dies entsprach dem grundsätzlichen Standpunkt des Sozialisten und Mondialisten von der „Befreiung der Völker vom Joch des Wirtschaftsimperialismus“, den er zum Erstaunen der Umstehenden nach seinem Wahl-sieg bei der Antrittsrede im Elysee-Palais kundtat. Es mag auch den Erfahrungen entsprechen haben, die der einstige Kolonial- und Übersee-Minister in vielen Kabinetten der Vierten Republik insbesondere während der tragischen Anfangsperiode des Algerienkrieges sammeln mußte.

Mitterrand hat einen instinktiven Horror vor Festlegungen

Frankreichs auf unhaltbar gewordenen Positionen. Man kann vom Verhältnis eines gebrannten Kindes zum Feuer sprechen. Als in Algerien und in den hinterindischen Besitzungen im Herbst 1964 gleichzeitig die Flammen der Rebellion hochschlugen, verlangte er als zuständiger Ressortchef noch deren sofortiges und unbarmherziges Niederretzen.

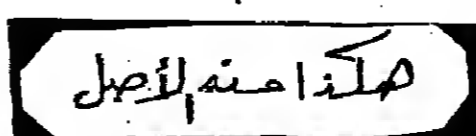
In Indochina folgte die Unabhängigkeit auf dem Fuße, nach einer bedrückenden Niederlage. Algerien dauerte sieben traumatische Jahre. Im Libanon räumte Mitterrand die Stellungen seiner Fallschirmjäger in Beirut, als diese zum Opfer eines unkontrollierbaren Terrors geworden waren. Im Tschad peitschte er einen Truppenabzugskord mit dem Libyer Khadhafi durch, um den Schrecken eines Stellungskrieges ohne Ende in einer afrikanischen Maginot-Linie ein Ende zu bereiten. Khadhafi hielt sich nicht an das Abkommen, und es gab ein Ende mit Schrecken.

Steht, wie einige Oppositionspolitiker in Frankreich vermuten, Khadhafi auch hinter dem Unabhängigkeitsplan für Neukaledonien? Neun Delegierte der „Nationalen und Sozialistischen Kanakischen Befreiungsfront“, die seit November zum offenen Kampf gegen die französische Autorität auf den Inseln übergegangen ist, waren Anfang des letzten Jahres zur Ausbildung in Libyen. Hat Khadhafi, als er im letzten August auf Mitterrands Vorschläge für eine Räumung des Tschad einging, Garantien für eine Entwicklung im Pazifik verlangt, die seinen Plänen von einer „globalen Befreiung der verklagten Völker“ entsprechen würde?

Bei aller Ähnlichkeit in der Grundmotivation der beiden Männer kann man ein solches Ausmaß an Unterwürigkeit dem französischen Präsidenten kaum unterstellen. François Mitterrand hat nicht weniger als sein illustrier Vorgänger Charles de Gaulle zuerst das Interesse Frankreichs im Auge,

wenn er, wie dieser 1958, die Stunde für einen Rückzug Frankreichs aus zu groß gewordenen Verantwortungsbereichen gekommen sieht. Schließlich hat auch die andere große europäische Kolonialmacht Großbritannien diesen Rückzug in Etappen vollzogen und bewilligt. Nicht ohne – wie im Falle der Falkland-Inseln – die Krallen zu zeigen, wenn Recht getreten wird.

Auch Frankreich wäre jederzeit hierzu in der Lage. Aber es will, ehe das Recht gewaltsam gebrochen werden kann, neues Recht da schaffen, wo dies mit Frankreichs Interessen vereinbar erscheint. Der Weg dorthin wird lang und unendlich mühsam sein. Mächtige politische, wirtschaftliche, strategische, historische und schließlich auch emotionale Interessen bündeln sich gegen Mitterrands Politik auf Neukaledonien könnte nicht nur zum ersten Dominostein eines einstürzenden Restkolonialbestandes, es könnte auch zu einem Nagel am Sarg des Politikers Mitterrand werden.



Die öffentliche Hand mauert

In vielen Branchen springt die Konjunktur an, doch die Bauwirtschaft hat Startschwierigkeiten. Der Wohnungsbau ist gesättigt; die öffentliche Hand bleibt geschlossen.

Von HANNA GIESKES

In der deutschen Bauwirtschaft herrscht Krisenstimmung. Die Verbände verbreiten Angst vor einer neuen Konjunkturschwäche, die die öffentliche Hand schließt. In diesem Winter 300 000 Bauarbeiter ohne Beschäftigung sein werden, und die Konjunktur-Prophezeien sagen dem Wirtschaftszweig für dieses Jahr einen Rückgang der Aufträge um bis zu drei Prozent voraus.

„Ich habe um die gesamte Branche Angst“, sagt der mittelständische Bauunternehmer Klaus Müller, der in einer rheinischen Großstadt 500 Mitarbeiter beschäftigt. Der Wohnungsmarkt sei weitgehend gesättigt, die Wirtschaft investiere zwar wieder, aber nicht in Gebäude, „und öffentliche Aufträge gibt es in Nordrhein-Westfalen auch nicht“. Die Branche sitze auf gewaltigen Überkapazitäten, „die viel zu billig in den Markt drängen“. Er könne keinen Auftrag bekommen, dessen Erlöse noch die Kosten deckten.

Ihm geht es wie vielen anderen in der Branche, doch öffentliche Programme zur Ankerhebung der Baukonjunktur lehnt Müller ab. Auch Bauunternehmer Franz Schmiedler, der in Süddeutschland 1000 Mitarbei-

ter beschäftigt, hält solche Programme sogar für gefährlich, „weil sie die Konservierung unrentabler Kapazitäten fördern“.

Ihm und vielen seiner Kollegen wäre eine Aufstockung der öffentlichen Haushalte, insbesondere der Gemeindehaushalte, wesentlich lieber. Bedarf für Bauinvestitionen sei reichlich vorhanden, etwa im Bereich des Umweltschutzes oder zur Verkehrsberuhigung von Innenstädten. Die Investitionsquote der öffentlichen Hand sei von 18 Prozent in den siebziger Jahren auf jetzt acht Prozent gesunken, nicht nur wegen der notwendigen Haushaltskonsolidierung, „die ich absolut bejahe“, sondern auch zugunsten konsumtiver öffentlicher Ausgaben, „und alles auf dem Rücken der Bauwirtschaft“. An eine Rückkehr in frühere Größenordnungen glaubt er nicht. „Eher muß die Branche noch einmal zehn bis 15 Prozent ihrer Belegschaften abbauen.“

Derzeit arbeiten rund eine Million Menschen am Bau gegenüber 1,5 Millionen noch Mitte der siebziger Jahre. Trotz dieses Rückgangs ist die Kapazität der Bauwirtschaft kaum kleiner geworden, denn die Produktivität ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Und trotz einer hohen Anzahl von Konkursen - im vergangenen Jahr waren es rund 5000 - bleibt die Zahl der Bauunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland mit etwa über 62 000 seit Jahren gleich.

Franz Schmiedler begründet das so: „Es ist leicht, ein Baugeschäft zu gründen, denn Kapital ist praktisch nicht nötig.“ Oft handele es sich um

ehemalige Mitarbeiter eines Konkursunternehmens, die sich einen Arbeitsplatz schaffen wollen, und die Geräte billig aus der Konkursmasse kaufen“. Bezahlt werde aus dem Erlös des ersten Auftrags, „der gegen die Konkurrenten zu Niedrigpreisen hereingeht“.

Um so schwieriger wird der Rückzug aus dem Markt: „Bauunternehmen sterben langsam“, heißt es in der Branche, „und mancher ist pleite und weiß es nicht einmal“. Schuld daran seien oft Banken, „die hochverschuldeten Unternehmen wieder auf die Beine helfen, um ihr Geld zu retten“. Je größer das Unternehmen, desto unwahrscheinlicher ein Konkurs, „und wenn der auch noch so berechtigt wäre“, klagen die Mittelständler.

Innen ist ein Rückzug aus dem Markt „mit Anstand“ ebenfalls kaum möglich: Sozialpläne seien heutzutage nicht mehr finanzierbar, heißt es überall in der Branche, und da bleibe eben nur der Konkurs. Selbst Entlassungen seien wegen der damit verbundenen Abfindungen vielfach so teuer geworden, daß man lieber darauf verzichte.

Oft sind die Unternehmer auch selbst schuld. Manche weigerten sich entgegen aller Vernunft, sich kleiner zu setzen, „weil sie das Feld nicht dem Wettbewerber überlassen wollen“, berichtet ein Bauunternehmer in Hamburg. Viele schanzten sich in guten Zeiten per Absprache zu überhöhten Preisen Aufträge zu, und fördern so die Erhaltung längst überfälliger Kapazitäten“, meint Kartell-antspräsident Wolfgang Karte, der

hier eine wesentliche Ursache für die Unfähigkeit der Branche zur notwendigen Marktberaumung sieht.

Um diese Bereinigung wird die deutsche Bauwirtschaft nach Ansicht aller Experten auch dann nicht herumkommen, wenn die Konjunktur am Bau eines Tages wieder einsetzen sollte. Das Bauvolumen, das 1984 rund 270 Milliarden Mark erreicht hat, wächst seit Jahren nur noch minimal. Das Problem ist nur, in welchem Umfang die Branche noch wird schrumpfen müssen. Das hängt davon ab, wie hoch der Baubedarf der kommenden Jahre eingeschätzt wird.

Dies sei vor allem eine politische Frage, meint ein Frankfurter Bauunternehmer. Wenn aus ideologischen Gründen Bauvorhaben im Wert von etlichen Milliarden Mark blockiert würden, wie dies derzeit in Hessen der Fall sei, „dann kann man sich ja vorstellen, was aus der Bauwirtschaft wird, wenn sich etwa die politischen Verhältnisse in Bonn ändern“.

Die Branche ist zu rund fünfzig Prozent von öffentlichen Aufträgen abhängig, doch der Einfluß der Politik reicht tiefer. So steuert die Deutsche Bundesbank über ihre Diskontpolitik die Hypothekenzinsen und damit den Bau von Wohnneubau. Selbst die Geldwertstabilität könne manchen Bauwilligen abschrecken, mutmaßt ein Kölner Bauunternehmer. „Es lohnt sich eher, das Geld für sieben Prozent Zins zur Bank zu tragen, anstatt damit eine Immobilie zu bauen, die höchstens vier Prozent Rendite bringt.“

Ein leiser Hauch von Selbständigkeit

Ein „sozialistisches Vaterland“ zu schaffen fällt der „DDR“ nicht leicht. Allerorten schlägt das Deutsche, das Preußische, das Sächsische, schlägt die Geschichte durch, Eindrücke aus Ost-Berlin.

Von CARL G. STRÖHM

Unter den Linden steht wieder Friedrich der Große - das berühmte Denkmal von Rauch. Neben der Staatsoper findet man die Statuen der preussischen Militärführer Scharnhorst, Gneisenau - und Jenes York von Wartenburg, der die berühmte Konvention von Tauraggen unterzeichnete, durch die Preußen die Schwärzung gegen Napoleon auf die Seite der Russen wofolte. Und gegenüber vom Zeughaus steht ein Monument der Freizhurn von Stein-gewidmet „vom dankbaren Vaterland“. „Sozialistisches Vaterland“ heißt die neue Ausstellung im Berliner Zeughaus, wo auch Luther und seine Epoche behandelt wurden. Gilt den Deutschen in der „DDR“ der zweite deutsche Staat als Vaterland - und die Bundesrepublik, West-Berlin als etwas Fremdes?

Wie so vieles andere auch gibt es auf diesem Gebiet hier zwei Realitäten. Ja sogar zwei Wahrheiten. Man findet, auch bei durchhaus registrierten Gesprächspartnern, eine Portion Stolz. „Sehen Sie, wie jetzt Berlin wieder schöner wird und die Narben des Krieges langsam verschwinden?“ hält man mir entgegen. Noch gibt es diese Brandmale der Katastrophe hier in Ost-Berlin wie in keiner anderen deutschen Stadt. Teile der Museumsinsel liegen noch in Trümmern. Am Gendarmenmarkt ist das Schauspielhaus gerade wieder aufgebaut worden - aber der deutsche Dom ist noch eine Ruine, an der man die Einschüsse und Querschläger des Jahres 1945 erkennen kann. Am bedrück-

endsten ist freilich der Eindruck, wenn die Prachtstraße Unter den Linden plötzlich vor dem Brandenburger Tor im Nichts endet und die Berliner Mauer das einstige Herz der Hauptstadt zerschneidet. Wilde Kaninchen springen mitten in der Millionenstadt über die von niemand befahrene Straße. Eine Gruppe sowjetischer Touristen stellt sich vor den Wall, im Angesicht des im Westen legendären Reichstages zu einem Familienfoto bereit. „Hitler“ und „faschism“ sind die Wortfetzen, die vom russischen Fremdenführer zu uns herüberdringen.

Dennoch - unser Ostberliner Gesprächspartner hat recht: Diese geschlagene und heimgesuchte Stadt taucht vier Jahrzehnte nach der Katastrophe wieder auf, gewinnt - einestweilen noch - bescheiden - wieder Farbe. Die Fassaden vieler alter Bauwerke werden repariert und neu gefärbt. In den Buchhandlungen treffe ich beim Stöbern zwischen den Neuerscheinungen eine junge, kecke und neugierige Generation: sehr deutsch und preußisch, aber keineswegs unmodern. Natürlich beherrscht die kommunistische Ideologie den Vordergrund des Lebens - bis hin zum Marmorbau der sowjetischen Botschaft, gleichfalls Unter den Linden und in Sichtweite der Mauer, wo ein marmorweißer Lenin vor dem Eingang zu einem Monstrpalast steht, der allein durch seine Architektur und Anlage bereits Herrschaft symbolisiert. Aber dennoch - was in diesem östlichen Berlin zu sehen ist, mag dem Besucher aus dem Westen oft fremd sein und kommt ihm manchmal wie eine Reproduktion längst vergangener Zeiten und Zustände vor: Etwa wenn er dem gleichen Grün der Polizei-Uniformen begegnet, wie er sie zuletzt noch aus den Jahren vor 1945 in Erinnerung hatte. Aber zugleich springt einem das Deutsche, man könnte sogar sagen:

das typisch Deutsche in seiner preussischen, manchmal auch sächsischen Ausprägung ins Auge und ins Ohr. Da ist vieles karger und spröder als im Westen - nicht nur aus ideologisch-kommunistischen, sondern eigentlich aus traditionell-historischen Gründen. Den Menschen hier, die in den letzten sieben Jahrzehnten weder von der Geschichte noch vom Wohlstand verwöhnt wurden, scheint das irgendwie zu entsprechen. Manches mag am kommunistischen System kullissenhaft, vielleicht sogar verlogen sein - die Rezeption des Preußischen, die Wachablösung vor dem Schinkel-Ehrenmal, ist nicht nur Theater und Schau, sondern rührt an Gefühlsebene.

Diese Bereiche lagen nach der tiefen Zäsur von 1945 für den Deutschen lange Zeit hindurch brach - wobei es durchaus Stimmen gibt, die meinen, dies sei gut so. Die Deutschen der Bundesrepublik haben sich aus der Last der Geschichte in den Wohlstand flüchten können - und in die weite, farbige, lockende Welt des Westens. Den Deutschen im anderen Teil des Landes blieb diese Flucht versagt - es sei denn, sie gingen den gefährlichen Weg über die Mauer oder, wie neuerdings, in die Botschaft. Aber es ist klar, daß dieser Weg nur wenigen offen stehen kann.

Der Westen, sogar die Bundesrepublik und West-Berlin, die durch das Fernsehen in jede Ostberliner Wohnung kommen, wirken gerade auf dem Gebiet der Medien keineswegs nur anziehend. Die selbstquälerische Art, in welcher der Westen über seine Arbeitslosigkeit, soziale Unruhen, Studentenkrawalle und ähnliche Vorfälle berichtet, wirkt, wie ein SED-Funktionär sagte, als eine dem Regime hochwillkommene Ernüchterung. Entscheidend für das „DDR“-Regime wird freilich sein, ob es ihm gelingen kann, das Mauer-Syndrom in der eigenen Bevölkerung abzu-

bauen - das heißt, so viel Wohlstand und Stabilität zu erreichen, daß es den Mitteldeutschen und Ost-Berlinern eines Tages so wie heute dem gleichfalls kommunistisch regierten Ungarn möglich sein mußte, das Land als Touristen nach Westen zu verlassen - und wiederzukommen.

Unter den Repräsentanten des Regimes aber findet man gleichfalls interessante neue Symptome einer veränderten Geisteshaltung - weg vom bloßen Nachbeten allgemeiner Ostblock-Parolen. Man will zeigen, daß man selbständig ist. Man will irgendwie auch aus dem Schatten der Bundesrepublik heraustreten - aber auch aus dem anderen Schatten, etwa jenem des großen Bruders. Es ist ein leiser Hauch von Selbständigkeit spürbar - einestweilen noch in den Unter- und Zwischentönen.

Die Tragik ist dennoch mit Händen zu greifen. Im Staatsratsgebäude zeigt ein Glasgemälde im Treppenaufgang - der übrigens frapperierend der sechziger Jahre erinnert die Darstellung des Spartakus-Aufstandes. Bewaffnete Matrosen, die Porträts von Liebknecht und Rosa Luxemburg (jener Rosa Luxemburg, die eine scharfe Kritikerin des Leninismus war und die einmal sagte: „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“).

Aber zugleich ist in diesen kommunistischen Staatspalast ein Stück aus einem Portal des Berliner Schlosses hineingebaut worden - jenes Schlosses, das Ulbricht in den frühen fünfziger Jahren in die Luft sprengen ließ, womit er sich, wie ein scharfsinniger Beobachter sagte, in die deutsche Geschichte hineinsprengte.“

Heute würde kein SED-Chef mehr historische Bauwerke sprengen lassen. Die Einstellung zur Geschichte hat sich gewandelt. Was heißt, ist die Teilung.



Seit 14 Jahren der erste Schnee: Römer rücken mit Skiern und Rodeln aufs Koloosseum vor

FOTO DPA

Die „weiße Katastrophe“ sucht die Ewige Stadt heim

Was passiert, wenn es in Rom schneit? Das Chaos bricht aus.

Von F. MEICHSNER

Rom leht! Am Tage danach verkündete das mit trutzigem Stolz in der Stimme der Bürgermeister der Ewigen Stadt, Ugo Vetere. Sein Blick schweifte über das verschneite Forum Romanum, als er, „all die aufgeregten Pessimisten“ zu rechtweisend, hinzufügte, seine Drei-Millionen-Stadt lasse sich nicht von 15 Zentimetern Schnee in die Knie zwingen.

Pathos ist seit altersher nicht unbekannt auf dem Capitol. Nicht immer freilich hält es in der Stadt der sieben Hügel den Vergleich stand mit der Wirklichkeit. Auch diesmal scheint es geeignet, eher einige Zweifel zu wecken. Denn das war die Situation in der Hauptstadt nicht nur eines 35-Millionen-Volkes, sondern auch der gesamten katholischen Christenheit 24 Stunden nach dem Schnee-„Wunder“ von Epiphania.

800 Bürger bevölkerten mit gebrochenen Gliedmaßen oder Ermüerungen die Krankenhäuser. In den Ministerien und Büros der Zentralstelle staatlicher wie privater Organisationen und Unternehmen fehlten 60 Prozent der Belegschaft. Die Schulen blieben geschlossen. Der städtische Verkehr kam, nachdem man tonnenweise Salz aus dem Norden herbeigebracht hatte, nur allmählich und teilweise wieder in Gang. Flughäfen und Bahnhöfe waren weitgehend blockiert. Die Stationen Termini, Italiens größter Bahnhof mit rund 600 Zügen pro Tag, gleich einem Biwak. Tausende von verzweifeln Reisenden klempten in den Wartesälen und in der großen Bahnhofshalle. Nach der „weißen Katastrophe“ bewegte sich zwölf Stunden lang kein einziger Zug auf den Schienen.

Selbst die Justiz mußte die Waffen strecken. Die für Montag angesetzte Verhandlung im Berufungsprozeß des Moro-Verfahrens wurde abgesetzt. Zahnkappend hatten die angeklagten Rothrigadisten eine Stunde lang vergeblich auf dem Gefängnis von Rebibbia auf die Transporter der Karabinieri gewartet, die sie zum Gerichtsgebäude bringen sollten. Das römische Karabinieri-Kom-

mando verfügt offenbar aber nicht über Schneeketten.

Einen Lichtstrahl brachte nur der Sport in das ansonsten graudüstere Schneebild. Allen Widerwärtigkeiten zum Trotz fanden sich am Montag 40 000 „Tübi“ im Olympiastadion ein, wo die am Tage zuvor wegen der Witterung abgesagte Fußball-Begegnung Milan-Lazio nachgeholt wurde. Ob der Weg zum Stadion besser war als der zum Arbeitsplatz, ist aus der Schneechronik nicht klar ersichtlich.

Für das darum herum vorherrschende Chaos führen die angesprochenen Behördenvertreter mit gutem Recht mildernde Umstände an: Seit 1929 hat es in Rom nicht mehr einen solchen Winter gegeben wie in diesem Jahr. Seit 14 Jahren hat es überhaupt nicht mehr richtig geschneit. Hätte man damals, nach der kurzen Erfahrung mit einer ähnlichen Lähmung der Stadt, Schneepflüge angelegt, Streusalz-Vorräte angelegt und die Weichen der Stationen Termini mit automatischen Entfrosteranlagen versehen, wäre das alles als tolles Kapital 14 Jahre lang unbenutzt liegengeblieben. Wie soll sich eine hochverschuldete Stadt wie Rom und eine immens defizitäre Eisenbahn wie die italienische solche „Verschwendung“ leisten?

So verließ man sich beispielsweise bei der Eisenbahn für den Notfall auf den „tatkraftigen Mut“ des Personals, den jetzt der Pressesprecher des Transportministeriums rühmte. Allzuviel war damit freilich nicht auszurichten. Denn als man in mühevoller Arbeit endlich alle durch den Frost blockierten Weichen wieder funktionsfähig gemacht hatte, stellten sich andere Ungelagenheiten ein. Es kam zu einem stundenlangen Stromausfall, und als dieser behoben war, fehlte es an Zugspersonal. Denn wie an allen anderen Arbeitsstellen Roms war auch auf den Bahnhöfen über die Hälfte der Arbeitnehmer nicht am Arbeitsplatz erschienen.

Diesen Circulus vitiosus von Eis, blockierten Weichen, blockierten Pendlerzügen und Personalmangel in Bahnhöfen stillliegenden Zügen kann offenbar nur ein Tauwetter durchbrechen. Und für künftige Widrigkeiten dieser Art bleibt nicht viel.

mehr als die Hoffnung auf das nächste Jahrtausend. Denn bis dahin, so haben unter dem Eindruck des jetzigen Chaos die Transportverantwortlichen mit schneller Entschlossenheit versichert, wird auch der römische Bahnhof ganz bestimmt mit Weichen-Entfroster ausgerüstet sein.

Niemand soll im übrigen sagen, daß man in Rom aus vergangenen Schnee-Erfahrungen nicht schon gelernt habe. Als der Chronist vor fast 30 Jahren in die Stadt kam, setzte die Feuerwehr beim Auftauchen des ersten weißen Schimmers auf den Straßen der Stadt noch ihren ganzen Ehrgeiz in die Bekämpfung des unheimlichen Feindes - mit dem Wasserstrahl. Dieser überholten Methode hat man inzwischen längst abgeschworen. Man weiß heute von Streusalz, auch wenn man es nicht gerade horrt. Da nach der ersten Abwehrschlacht von den aus schnee-erfahrene Regionen herbeigeschafften 280 Tonnen Nichts mehr übriggeblieben ist, raten respektvolle Spötter dazu, bei eventuellen neuen Schneefällen auf die in den Salz- und Tabaklagern lagernden Vorräte an Kochsalz zurückzugreifen.

Ganze Kübel von Ironie ergießen sich in den Zeitungspalten über die durch das Schneewetter sowieso schon hart gebeutelten staatlichen und städtischen Behörden. So meint der „Corriere della Sera“, es sei jetzt wohl anzunehmen, daß dem normalen technischen Büro der Gemeinde ein außerordentliches Assessorat für Naturkatastrophen zur Seite gegeben werde. Und sollte sich das unwägbare Phänomen wiederholen, sei kaum auszuschließen, daß die italienische Regierung ernsthaft die Möglichkeit in Erwägung ziehe, ihren Winterritz auf den Aollischen Inseln zu nehmen.

Aber es fehlt auch nicht an ganz handfester Kritik, die nach dem Tauwetter ganz sicher ihren Niederschlag in zahlreichen Parlamentsanfragen finden wird. Schließlich befinden sich auch einige Parlamentarier in den überfüllten Zügen, die zwischen Florenz und Rom oder zwischen Neapel und Rom eine ganze Winterzeit lang auf freier Strecke liegengeblieben.

DWS-Wertpapierfonds, das ist: Wahl der richtigen Vermögensanlage.

Auch das gehört zu den Freiheiten unseres demokratischen Systems: daß Sie bei der Vermögensanlage frei wählen können! Zwischen Geldwert- und Sachwertanlagen, Aktien und Renten, in- und ausländischen Titeln, Basis- und Spezialwerten: wie es Ihren persönlichen Wünschen und Zielen, Ihrer Anlagementalität entspricht. Wir machen Ihnen die Wahl leicht: Neun DWS-Wertpapierfonds unterschiedlicher Art erschließen Ihnen die Möglichkeit, Ihre Anlagevorstellungen treffsicher in die passende Anlageform umzusetzen. Unsere Berater helfen Ihnen gern bei der Entscheidung. In allen Geschäftsstellen unserer Gesellschafterbanken. Es sind die Deutsche Bank AG und weitere deutsche Banken und Bankiers. Oder schreiben Sie uns.

DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen
Postfach 26 34 - 6000 Frankfurt 1

INVESTA Führende deutsche Aktien	RE-INRENTA Ein Renten-Anreicherungsfonds
INTERVEST Internationale Aktien	DWS-ROHSTOFFFONDS
AKKUMULA Ein Aktien-Anreicherungsfonds	DWS-ENERGIEFONDS
INRENTA Ausgewählte deutsche Rentenwerte	DWS-TECHNOLOGIEFONDS
INTER-RENTA Internationale Rentenwerte	



Mehr finanzielle Unabhängigkeit.

Besoldung für viele Beamte schon bald höher?

G. BADING, Bad Kissingen
Die Bundesregierung räumt der Verbesserung der Einkommensbedingungen für Beamte der unteren Besoldungsgruppen offenbar erhöhte Priorität ein. Er rechnet damit, daß schon in den nächsten Wochen ein entsprechender Kabinettsbeschluss gefaßt werde, erklärte der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes (DBB), Alfred Krause, am Rande der beamtenpolitischen Arbeitstagung des DBB in Bad Kissingen. Zuvor hatte Bundesinnenminister Zimmermann gesagt, er sehe deutlichen Handlungsbedarf.

Es geht nicht an, daß die Einkommen der Beamten des einfachen Dienstes in der Nähe von Sozialhilfssätzen lägen. Allerdings hatte der Bundesminister als Zeitrahmen für die Verbesserung der Besoldungsstruktur die gesamte Legislaturperiode genannt. Bundeskanzler Kohl, so Krause, stehe hinter den Plänen Zimmermanns.

Es gebe verschiedene Modelle für eine Verbesserung der Besoldungsstruktur, sagte Krause. Eine Möglichkeit sei etwa die Streichung der Eingangsstufen mit ihren Niedriggehältern; eine andere, die Anhebung der Ortszuschläge. Er rechnet mit Einkommensverbesserungen in einem Umfang von etwa 30-50 Mark monatlich.

Die zusätzlichen Ausgaben für die Anhebung der unteren Beamtengehälter seien durchaus finanzierbar, hieß es in Beamtenkreisen in Bad Kissingen. Mit dem Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst von 3,2 Prozent, das auf die Beamtenbesoldung übertragen worden ist, sei der ursprünglich als letzte „Aufangspostion“ im Bundeskabinett vorgesehene Rahmen für Einkommensverbesserungen von gut 3,5 Prozent von der Gewerkschaft ÖTV nicht voll ausgeschöpft worden.

Biedenkopf bricht eine Lanze für die Beamten

Gegen pauschale Beurteilung des öffentlichen Dienstes

G. BADING, Bad Kissingen
Die Rolle des öffentlichen Dienstes als Faktor unserer Gesamtwirtschaft kann nach Auffassung von Professor Kurt Biedenkopf sinnvoll nur mit den Aufgaben verglichen werden, die in einem Großunternehmen die Stabs- und Verwaltungsabteilungen neben dem dominierenden Produktionsbereich wahrnehmen. In einem Vortrag vor der beamtenpolitischen Arbeitstagung des Deutschen Beamtenbundes (DBB), die den Standort des öffentlichen Dienstes „zwischen Sparzwängen und wirtschaftlicher Teilhabe“ zu bestimmen suchte, sagte Biedenkopf, über die Effizienz und die Leistungen des öffentlichen Dienstes werde gemeinhin pauschal geurteilt. Der öffentliche Dienst erfülle vielfach Aufgaben, die nicht mit marktorientierten Maßstäben gemessen werden könnten, etwa im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit. Vielfach müsse auch der öffentliche Dienst Ziele verfolgen, die durch den Markt nicht erreicht werden könnten. Der Grund seien politische Vorgaben, etwa beim Vorhalt von Transportmöglichkeiten im öffentlichen Nahverkehr. Dennoch hätten diese versteckten Leistungen konkrete wirtschaftliche Bedeutung. So würden Standortentscheidungen der Industrie maßgeblich davon beeinflusst, welchen Ordnungsrahmen der öffentliche Bereich geschaffen habe. Biedenkopf sprach damit das durch die wirtschaftsfreundlichere Politik im Süden der Bundesrepublik entstandene Problem des Süd-Nord-Gefälles im Bereich der Anstellung von Zukunftstechnologien an.

Bei der Beurteilung der Produktivität des öffentlichen Dienstes müsse man stets an die „Quelle“ jeglichen Handelns der Verwaltung gehen, mahnte der CDU-Politiker. Der öffentliche Dienst sei nur ausführende

Parteien weitgehend einig über Gedenkstunde zum 8. Mai

Rede von Weizsäcker im Bundestag / Treffen in Torgau wird nicht mehr erwartet

PETER PHILIPPS, Bonn
Nach den - auch kontroversen - Diskussionen der vergangenen Wochen zeichnet sich jetzt ab, daß der Bundestag den Jahrestag des 8. Mai mit einer Gedenkstunde begehen wird, in deren Mittelpunkt eine Ansprache von Bundespräsident Richard von Weizsäcker stehen soll. Das Bundeskanzleramt hat jedenfalls die Unterstützung Helmut Kohls für eine derartige Veranstaltung signalisiert, ein interfraktionelles Gespräch soll in der kommenden Woche letzte Klarheit über die Einzelheiten bringen.

Unabhängig davon wird immer noch die Idee eines ökumenischen Gottesdienstes am Morgen des 8. Mai im Kölner Dom verfolgt. Es hat inzwischen erste Kontaktgespräche auch mit dem Kanzleramt gegeben, aber nachdem Kohl aus den Kirchen Kritik darüber zu hören bekam, daß er öffentlich diesen Vorschlag in die Debatte eingebracht hat, hält sich sein Amt mit Äußerungen zu dem Komplex zurück, verweist auf die „alleinige Zuständigkeit der christlichen Kirchen“.

Der Präses der evangelischen Kirche im Rheinland, Gerhard Brandt, hatte erst vorgestern noch einmal auf der Synode in Bad Neuenahr klargestellt, daß ein Gottesdienst „einzig und allein Sache der Kirchen“ sei. Kohl habe den Eindruck erweckt, die Kirchen sollten die Kulisse für eine staatliche Veranstaltung abgeben. Dazu werde man sich nicht hergeben. Die Beratungen zwischen katholischer Bischofskonferenz und dem Rat der EKD seien auch noch abgeschlossen.

Eine gewisse Erleichterung herrscht in Bonn darüber, daß es mit „ziemlicher Sicherheit“ nicht zu einem demonstrativen Treffen der ehemaligen Alliierten USA und Sowjetunion im schicksalsträchtigen Torgau an der Elbe kommen wird. Auf den verschiedensten Kanälen hat die Bundesregierung der Regierung Reagan ihre Bedenken gegen eine derartige Begegnung übermittelt, unter anderem während des privaten Besuchs von US-Außenminister George Shultz in dem Privathaus des Kanzlers. Dabei wurde auch auf die Revanchismus-Kampagne Moskaus der vergangenen Wochen Bezug genommen. Wie es jetzt im Kanzleramt heißt, sei man allerdings nicht sicher, ob das Treffen in Torgau von der US-Regierung je ernsthaft in Erwägung gezogen worden sei.

Noch „schwebend unwirksam“ ist Kohls Überlegung, den 8. Mai zu einer Friedens-Geste mit US-Präsident Ronald Reagan - vergleichbar der Versöhnungsfeier mit dem französischen Präsidenten François Mitterrand in Verdun - zu nutzen. Es gibt bisher aus Washington jedenfalls noch keine „feste Zusage“, daß Reagan noch zwei oder drei Tage nach dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel in der Bundesrepublik Deutschland bleiben wird. Die „Tendenz“ sei aber „positiv“, heißt es in Kohls Umgebung.

Zugleich werden auch alle Spekulationen zurückgewiesen, daß sich Kohl gegen einen eventuellen Besuch mit Reagan in einem Konzentrationslager, beispielsweise Dachau, „überhaupt keine Einwände“ im übrigen sei der Kanzler mit dem Bundespräsidenten am 21. April aus Anlaß der Befreiung auch im KZ Bergen-Belsen.

Es scheint sich also ein Konsens unter den politischen Repräsentanten in Bonn über den 8. Mai abzu-

Gebühren auch zugunsten der Privatsender?

Im niedersächsischen CDU-Landesparlament

Im niedersächsischen CDU-Landesparlament scheinen Vorstellungen konkreter Formen angenommen zu haben, privaten Betreibern von Rundfunk- und Fernsehsendern auf gesetzlicher Grundlage die Möglichkeit zu geben, am allgemeinen Gebührenaufkommen für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu partizipieren. Wie gestern ein Sprecher der Staatskanzlei in Hannover mitteilte, gibt es entsprechende Überlegungen von Ministerpräsident Ernst Albrecht, die Anlaß für eine Überprüfung der rechtlichen Möglichkeiten durch Mitarbeiter der Kanzlei seien. „Diese Prüfungen stehen allerdings noch sehr in den Anfängen“, sagte der Sprecher. Hintergrund für derartige Maßnahmen sei unter anderem, daß der Hessische Rundfunk vom 1. Januar an in seinem Dritten Fernsehprogramm Werbungen ausstrahlt.

Gegen eine Ausweitung des Werbefinanzierungs durch die öffentlich-rechtlichen Anstalten hatten die Ministerpräsidenten der unionsregierten Länder mehrfach schwere Bedenken erhoben. Ministerpräsident Albrecht hatte nach dem Scheitern einer Konferenz der Ministerpräsidenten der SPD- und unionsregierten Länder in einem dpa-Interview darauf hingewiesen, daß die von der Union regierten Länder der Ansicht seien, der private Rundfunk solle nicht durch Gebühren finanziert werden. Dies setze aber voraus, daß der Werbemarkt den Privaten auch zur Verfügung stehe und nicht über das bisherige Maß hinaus durch die öffentlich-rechtlichen Anstalten abgeschöpft werde. Sollten Landesrundfunkanstalten in von der SPD regierten Ländern ihre Werbung ausdehnen, dann müßte möglicherweise auch die Finanzierung privater Sender durch Gebühren sichergestellt werden.

Thielicke sagte, es würde ihm „als Heuchelei erscheinen, so etwas wie eine einheitliche, alle Gruppen unseres Volkes umfassende Kundgebung zu planen, selbst wenn es ein Gottesdienst im Kölner Dom“ wäre. Aber er äußerte Verständnis dafür, daß es den Politikern schwer fällt, „auf ihr eigenes Wort zu verzichten und es in diesen religiösen Kundgebungen aufgehen zu lassen“, die er für angemessen hält.

Berliner Grüne: Wahlzulassung unter Vorbehalt

F. D. Berlin

Der für die Berliner Wahlen am 10. März dieses Jahres zuständige Landeswahlausschuß hat den Landesverband der Berliner Grünen nur unter Vorbehalt zur Wahl zugelassen. Über die Zulassung soll dann erneut beraten werden, falls der Bundesverband der Grünen die Berliner Mitglieder rechtskräftig ausschließen sollte. Ein solcher Schritt war am Montag in Bonn angekündigt worden, da nach Ansicht des Bundesverbandes der Grünen der Berliner Landesverband - er besteht ohnehin nur aus rund 130 Mitgliedern - neonazistisch unterwandert sein soll.

Sollte eine derartige Entscheidung erst nach Druckbeginn für die rund 4,5 Millionen Stimmzettel fallen, müßten im ungünstigsten Fall diese Stimmzettel - jeder der 1,5 Millionen Berliner Wahlberechtigten verfügt über drei Stimmen für die Landes- und Bezirksliste - eingestampft und neu gedruckt werden. Der Landesvorsitzende der Berliner Grünen, Hubert Bjarich, hält hingegen einen Ausschluß des Berliner Landesverbandes für „unwahrscheinlich, da wir die gegen uns erhobenen Vorwürfe ausräumen werden“.

Die Grünen wollen parallel zu der Alternativen Liste (AL) kandidieren, die bei den letzten Wahlen immerhin 7,2 Prozent der Stimmen erreichte und in diesem Jahr in der Reihenfolge auf den Stimmzetteln erstmals vor der FDP vertreten ist, die 1981 nur 5,8 Prozent der Zweitstimmen erhielt und in diesem Jahr sogar um den Einzug ins Landesparlament bangen muß.

Auf Platz sieben der Stimmzettel wird am 10. März die „Demokratische Alternative“ auftauchen, die neue Partei des im November aus der CDU ausgescherten ehemaligen Bundestagsabgeordneten Dietrich Bahner. Sie wird in allen zwölf Bezirken um Stimmen werben. Parteigründer Bahner tritt im Wahlkreis Neukölln direkt gegen seinen langjährigen politischen Weggefährten und Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen an.

Das Schauermärchen von der „Rucksackbombe“

WOLFRAM VON RAVEN, Bonn

Regierungssprecher Sudhoff und der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Willi Weiskirch, haben kritisiert, daß die Bevölkerung mit Meldungen von sogenannten Tornister-Atombomben verunsichert würde. Die Bewaffnung der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik Deutschland sei schon immer deren Sache gewesen. Weiskirch: „Wenn jetzt deutsche Oppositionspolitiker Alarm schlagen, dann müssen sie sich fragen lassen, wie es denn zur Zeit sozialdemokratischer Regierungen gewesen war.“

Schreckensnachrichten scheinen wieder einmal anti-amerikanische Gefühle in unserem Lande aufzuspüren. „Rucksackbomben“ - das heißt: Kernwaffen in Miniaturformat - sollen bei den „Special Forces“ in Bad Tölz liegen. Derlei Sprengmittel - so wird daraus geschlossen - dienen dem Zweck, im Kriegsfall von Einzelkämpfern in Feindesland getragen und dann dazu verwendet zu werden, Flugplätze und dergleichen in die Luft zu jagen...

Bei präziser Prüfung erweist sich die phantastische Geschichte, die zum Zerrbild des häßlichen, gar böserartigen Amerikaners vortrefflich paßt, allerdings als ein Schauermärchen. Worum handelt es sich denn in Wahrheit?

Erstens: Zum Atomarsenal der US-Streitkräfte gehören Sprengmittel verschiedener Detonationswerte und Gewichte, sogenannte ADM (Atomic Demolition Means), die bereits Mitte der sechziger Jahre - bedingt durch die Fehlübersetzung „Atomminen“ - für Erregung sorgten. Sie sind ihrer Natur nach im kleinsten wie im großen Format nur zum Einsatz auf eigenem Terrain geeignet, haben also den alleinigen Sinn, Engpässe etwa im gebirgigen Gelände zu sperren, um den Angriff in eine für die Verteidigung gewünschte Richtung zu lenken.

Zweitens: Die militärischen Einsatzregeln wurden durch politische Richtlinien von der nuklearen Pla-

Die Umbildung seines Kabinetts bereitet Vogel noch Kopfzerbrechen

Von JOACHIM NEANDER

Als Bernhard Vogel, aus den Bergen zurück, dieses Tage in seinem Mainzer Amtszimmer wieder die Last (und Lust) des Regierens übernahm, konnte er sich wie so oft in jüngster Zeit durch einen Blick aus dem Fenster trösten. Drüben der Kollege, Holger Börner auf der anderen Rheinseite, hat es wesentlich schwerer.

Aber auch der CDU-Mann Vogel hat kein leichtes Jahr vor sich: Bis zur Verwirklichung seiner wichtigsten eigenen politischen Vorhaben führt noch ein steiniger Weg. Auf das hingegen, was in den kommenden Wochen die politische Öffentlichkeit des Landes Rheinland-Pfalz bewegen wird, hat er wenig oder gar keinen Einfluß.

Vorhaben Nr. 1, der Medienvertrag der Bundesländer und überhaupt die Wiederherstellung eines Minimalkonsenses der Parteien auf diesem Feld, hätte eigentlich bereits erledigt sein sollen. Daß Bernhard Vogel, der sich als Vorsitzender der Rundfunkkommission der Ministerpräsidenten wie ein Moderator unter Gesamtverantwortung fühlt, kurz vor dem Ziel der Vertragsunterzeichnung scheiterte, hat nicht er zu verantworten. Es entmutigt ihn auch nicht. Er will es weiter versuchen. Allerdings wird seine Doppelrolle - einerseits mit dem auch für das Satellitenfernsehen hundswert wichtige Vorhaben ins Medienumfeld, gleichzeitig aber auch Vermittler zu sein - zusehends schwieriger werden.

Auch Vorhaben Nr. 2 trägt die persönliche Handschrift des Vorgesetzten: die abholden Regierenschefts. Der Kabinettsbeschluss, den Umweltminister in Zeitgeistemodus in die Landesversammlung aufzunehmen, ist in der eigenen Partei nicht ganz unumstritten. Um dem zu erwartenden Vorwurf, das Ganze sei nicht mehr als eine leere Geste, von vornherein zu begegnen, will Vogel der Verfassungsänderung noch 1985 ein großes, schlüssiges Landesumweltprogramm mit konkreter Ziel- und Maßnahmenbenennung an die Seite stellen.

Da stecken natürlich noch viele Teufel im Detail. Zwar hat der Ministerpräsident im neu entstandenen Gigantressort Soziales, Gesundheit und Umwelt mit Minister Rudi Geil und Staatssekretär Klaus Töpfer für das neue Programm zwei Männer parat, die erstens Ansehen auch über die Landesgrenzen hinaus genießen und zweitens genügend Durchsetzungsvermögen zu haben scheinen, um auch Unbequemes gegen Verwässerungsversuche von außen behaupten zu können. Aber gerade dies könnte am Ende Vogels Vorhaben Nr. 3, die versprochene und nun endlich fällige Kabinettsumbildung zur Mitte der Legislaturperiode, in Mitleidenschaft ziehen.

Der Chef würde am liebsten seinem Freund Rudi Geil als Nachfolger des in Pension gehenden Wirtschaftsressort übertragen, um dafür im Umweltministerium Professor Töpfer zum Minister zu machen. Aber Geil hat den Ehrgeiz, all das, was er im schwierigen Umweltbereich in den letzten Monaten gelernt, angebahnt und begonnen hat, auch unter eigener Verantwortung wenigstens zu einem vorläufigen Abschluß zu bringen. So ist nicht auszuschließen, daß das Kabinettsrevirement, bei dem außerdem mit Landwirtschaftsminister Otto Meyer auch der langjährige Stellvertreter des Ministerpräsidenten sowie (auch er auf eigenen Wunsch) Bundesratsminister Johann Wilhelm Gaddum ersetzt werden müssen, sich weiter bis zur Mitte des Jahres 1985 hinzieht.

Zunächst aber werden all diese Probleme überschattet von einem Vorgang, dem der Regierungschef

Apel grenzt SPD von Alternativen ab

F. D. Berlin

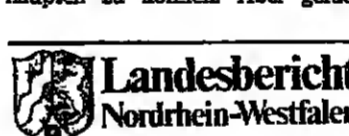
Mit der Aufforderung an die rund 1,2 Millionen Berliner Wahlberechtigten, am 10. März „der Bonner Wende die Quittung zu erteilen“, hat der Berliner SPD-Spitzenkandidat Hans Apel die „heiße Wahlkampffphase“ an der Spree eröffnet. Apel nutzte ein „Republikanisches Fest“ zu scharfen Attacken gegen die Bonner Regierungskoalition und die Berliner CDU. Er warf dem Berliner CDU-Chef Eberhard Diepgen vor, „alle Schwererker der Bonner Wendepolitik mitzumachen“.

Befürworter von Koalitions- oder Torierungsgesprächen mit der Alternativen Liste erteilte Apel bei der Wahlkampf-SPD-Politikerkonferenz eine Absage. Der SPD-Politiker bekannte sich wie in der Vergangenheit zur „festen Westbindung“ der Stadt und der „vollen Präsenz der Schutzkräfte“. Apel wörtlich: „Da gibt es für uns keine Kompromisse.“ Im gleichen Atemzug attestierte Apel den Alternativen „politubereite Träumereien“ und bezog dies vor allem auf die oft geäußerte Forderung nach einer „autofreien Stadt“.

Gegendarstellung
In der Ausgabe vom 27. 12. 1984 hat „Die Welt“ behauptet, ein deutsches Gericht habe kein Mandat aus Beweisen von dem Vorwurf freigesprochen, „die linksgerichtete japanische Terrororganisation Rote Armee unterstützt zu haben“.

Diese Behauptung ist falsch. Richtig ist, daß ein solcher Vorwurf nie gegen mich erhoben wurde. Der tatsächliche gegen mich erhobene Vorwurf, die westdeutsche RAF (Rote Armee Fraktion) unterstützt zu haben, wurde von der Justiz nicht aufrechterhalten.

Brigitte Heinrich, MDEP



Landesbericht Nordrhein-Westfalen
dies könnte am Ende Vogels Vorhaben Nr. 3, die versprochene und nun endlich fällige Kabinettsumbildung zur Mitte der Legislaturperiode, in Mitleidenschaft ziehen.

Ein Mann verändert die Welt

Wie Konrad Zuse den ersten Computer baute und was er heute über die Folgen seiner Erfindung denkt.

Kostenrechnung
Das klassische Rechnungssystem ist überholt, differenzierte Verfahren vermeiden Fehlinformationen

Mikrocomputer
Deutsche Manager auf dem Computer-Trends und Tips für Einsteiger

Test
Ein Fragebogen aus den USA sagt Ihnen, ob Sie ein Unternehmertyp sind

Japan
Die jungen Manager nutzen nicht mehr viel von Opletterfertigkeit, der Westen ist ihr Vorbild

Sekretärinnen
Gute Kräfte gibt es im Überangebot, die Ansprüche der Damen steigen trotzdem

Management Wissen
Magazin der Führungskräfte.

Das neue Management Wissen gibt es ab sofort beim Bahnhofs-Buchhandel und bei ausgewählten Zeitschriften-Verkaufsstellen.

Oder einfach anfordern bei Vogel-Verlag Postfach 6742 D 6700 Würzburg



مكتبة المنهج

Gemischte Reaktionen beim Südafrika-Besuch Kennedys

Keine greifbaren Ergebnisse / Proteste von Radikalen

M. GERMANI, Johannesburg

Die Reise von Senator Edward Kennedy nach Südafrika, auf Einladung des Friedensnobelpreisträgers Bischof Tutu sowie des Präsidenten des Weltbundes der reformierten Kirchen, Alan Boesak, hat gemischte Reaktionen hervorgerufen. Während Kennedy bei seiner Ankunft auf dem Jan-Smuts-Flughafen am Samstag betonte, er wolle den „friedlichen Wandel“ fördern, und Bischof Tutu nachdrücklich mitteilte, wie sehr er Kennedys Besuch im „Getto“ begrüße, wurde dieser vor seiner Abfahrt nach Soweto von Mitgliedern der radikalen „Azanian Peoples Organisation“ (AZAPO) und schwarzer „Bewußtseinsbewegungen“ mit den Rufen „Kennedy go home“ empfangen.

Umstritten ist auch, ob die Begleitung des Senators auf Anweisung der Sicherheitspolizeikehrmachtete oder freiwillig in einem Hotel der Stadt übernachtete. Vor dem Hause Tutus stationierte Polizisten bestritten der Presse gegenüber, vor angeblichen Demonstrationen gewarnt zu haben.

Kennedy verbrachte die Nacht allein im Hause Tutus. Schwerpunkt der Reise Edward Kennedys, dessen Bruder Robert Südafrika vor 18 Jahren besucht hatte, sind Begegnungen mit Vertretern der Schwarzen und Besuche in den schwarzen Städten des Landes. Demgegenüber war das Treffen mit Außenminister Botha durch seine „Belläufigkeit“ gekennzeichnet. Botha erklärte der Presse, bei den Gesprächen sei die Frage der Kampagne einer Gruppe US-Politiker gegen Investitionen in Südafrika berührt worden. Auch habe man über die Fortschritte in den Sport- und Arbeitsbeziehungen zwischen Schwarz und Weiß gesprochen. Senator Kennedy war nur bei seinen Besuchen in den schwarzen Vorstädten zu Gesprächen mit der internationalen Presse bereit.

Die Medien widmeten dem Besuch je nach ihrer ideologischen Ausrichtung mehr oder weniger Aufmerksamkeit. Politisch brachte der Besuch keine greifbaren Ergebnisse.

Israel steht vor strategischer Entscheidung

Libanon ist der einzige Trumpf in der Hand Syriens / Warum Dschumblatt eine Einigung verhindert

JÜRGEN LUMINSKI, Bonn

Mit einem Hubschrauber flogen die vier libanesischen Offiziere in das Orthen Nakura im Süden ihres Landes, um am Abend, nach der Vertagung der israelisch-libanesischen Verhandlungen, unverrichteterdinge wieder in Beirut zu landen. Ohne den Hubschrauber hätten die Generale des libanesischen Präsidenten Gemayel nicht an den Verhandlungsort in ihrem eigenen Land gelangen können. Ein Minister Gemayels, der Druzenführer Dschumblatt, blockiert seit Monaten mit militärischer Gewalt den Verkehr zwischen Beirut und dem Süden. Er war in Nakura nicht zugegen. Dennoch ist er wahrscheinlich die Schlüsselfigur, die die Verhandlungen in Nakura im Auftrag des größeren Bruders und in eigenem Interesse zum vorläufigen Scheitern brachte.

Das Hubschrauber-Manöver ist für die Einschätzung der momentanen Lage in Libanon und in der Region ebenso entblößend wie die Präsenz Dschumblatts beim achten Regionalkongress der syrischen Baath-Partei dieser Tage in Damaskus. Auf diesem Kongress sagte Dschumblatt in einer

Rede, er lehne den Sicherheitsplan seiner Regierung kategorisch ab. Dieser Plan sieht die Entsendung von libanesischen Soldaten in das Küstengebiet südlich Beirut vor, was einer Ausdehnung der Autorität der libanesischen Zentralgewalt gleichkommt. Deswegen sind die Straßen blockiert und Dschumblatt bekundet sein Weigern auf einem Forum, das offiziell nicht sein kann. Syriens Präsident Assad aber hatte dem libanesischen Präsidenten versichert, alles zu tun, um den Sicherheitsplan zu verwirklichen.

Das libanesischen Verwirrtum hat einen gemeinsamen Nenner: Sicherheitsplan und Nakura-Verhandlungen stehen in einem inneren Zusammenhang. Damaskus ist an einer Stärkung der libanesischen Zentralgewalt ebenso wenig interessiert wie an einem Erfolg in Nakura. Die Stärkung würde die syrische Präsenz überflüssig machen, zumindest dem Drängen in der arabischen Welt auf einen syrischen Abzug politische Bedeutung verschaffen. Vor allem, wenn auch Israel abzüge.

Assad weiß, daß Israel sich aus dem libanesischen Labyrinth zurück-

ziehen will. Ausmaß und Modalitäten solch eines Rückzugs aber sind in Israel Koalitionsmaterie, müssen also mit dem Likud-Block ausgehandelt werden. Der widersetzt sich einem totalen Abzug, weil dadurch die syrische Hoffnung auf einen Status quo ante Juni 1982 erfüllt und nach einem Abzug der Süden sofort wieder von palästinensischen Terroristen infiltriert würde. Nach zuverlässigen Informationen befinden sich schon jetzt mehrere hundert prosyrische PLO-Kämpfer im drusisch kontrollierten Gebiet südlich von Beirut. Mehr noch: Ein totaler Abzug ohne Verhandlungsergebnis wäre ein Präzedenzfall, der die radikalen Friedensgeher im arabischen Lager, allen voran Syrien, stärken müßte. Damaskus könnte diesen Abzug und seine Blockade-Politik als Argument gegen jedwede Verhandlung mit Israel verwenden, somit auch das Vertragswerk von Camp David infrage stellen und Ägypten wieder zu einer feindseligen Haltung gegenüber Israel bewegen.

Diese Zusammenhänge wird der für Sicherheitsfragen zuständige Sonderausschuß des israelischen Ka-

binetts ins Kalkül ziehen, den Ministerpräsident Peres gestern zu dringenden Beratungen einberufen hat. Es geht dabei um handfeste strategische Entscheidungen, nicht nur um einen Abzug aus Libanon. Denn Libanon ist heute der einzige Trumpf in der Hand der Syrer. Sticht er, dann kann sich Damaskus wieder berechnete Hoffnungen auf eine Führungsrolle in der arabischen Welt machen. Was die Kriegsgefahr nicht gerade mindert. Geht er verloren, so steigen die Chancen für direkte Verhandlungen arabischer Staaten mit Israel, weil Syrien dann in die Isolation gedrängt ist - was die Kriegsgefahr ebenfalls erhöht.

Syriens Schlüsselrolle für Krieg oder Frieden wird heute von fast keinem Beobachter der nahöstlichen Szenerie bestritten. Angesichts der ungewöhnlich massiven Aufrüstung Syriens auch mit modernsten Waffensystemen (58 Prozent des Gesamthaushalts für das Jahr 1984 kamen den Streitkräften zugute) fällt es schwer, den Militärdiktatoren in Damaskus friedliche Absichten zu unterstellen. Die Modernisierung wird im Frühjahr abgeschlossen.

Erneut Streit Rumänien/ Ungarn

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Zwischen Ungarn und Rumänien ist es zu einer neuen Runde von polemischen Auseinandersetzungen über die Frage nationaler Minderheiten und Volksgruppen gekommen.

Offenbar als Antwort auf eine Rede des rumänischen Staats- und Parteichefs Nicolae Ceausescu, in der dieser die nationale Frage in Rumänien für endgültig gelöst erklärt hatte, schrieb jetzt die Budapester Zeitung „Magyar Nemzet“, die Ausübung „demokratischer nationaler Rechte“ stelle eine grundlegende Voraussetzung dar, um die „gewaltsame Assimilierung“ von Nationen und Nationalitäten in Mittel- und Osteuropa zu verhindern. Zugleich sprach „Magyar Nemzet“ von der Notwendigkeit, die „nationale Identität“ der Völker zu bewahren.

Es besteht kein Zweifel, daß die ungarische Zeitung, die als Organ der patriotischen Volksfront eine wesentliche offiziöse Stimme darstellt, hiermit auf die Lage der zwei Millionen Menschen zählenden ungarische Volksgruppe im rumänischen Siebenbürgen angespielt hat.

„Magyar Nemzet“ erklärte ferner, daß Sprache und Kultur in Mittel- und Osteuropa eine besondere Bedeutung besäßen und übte damit indirekte Kritik an der Kulturpolitik des rumänischen Regimes. Bukarest will seit geraumer Zeit den Gebrauch der ungarischen Sprache in Rumänien einschränken.

Ceausescu hatte wiederum die ungarischen Anfeindungen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes verurteilt. Vor Vertretern der deutschen und der ungarischen Minderheit hatte der rumänische Staats- und Parteichef scharfe Angriffe gegen nicht näher genannte Länder gerichtet, die sich in die rumänische Nationalitätenpolitik „einmischen“ wollten.

Ceausescu sagte, daß die „reaktionären, imperialistischen, neo-faschistischen und Horthy-Kreise“ eine Verleumdungskampagne gegen Rumänien führten. Regimetreue Vertreter der ungarischen und deutschen Volksgruppen erklärten aus gleichem Anlaß, ausländische Kreise würden die Nationalitätenfrage in Rumänien absichtlich aufheizen.

Priester in Beirut entführt

dpa/AP, Beirut

Wenige Stunden nach der Befreiung des Schweizer Diplomaten Eric Wehrli ist gestern morgen in West-Beirut der amerikanische katholische Priester Martin Laurence Jimco entführt worden. Sein Auto wurde nach Polizeiangaben von Unbekannten gestoppt, als er zur Arbeit fahren wollte. Sie fuhren mit ihm in einem anderen Fahrzeug davon.

Der in der vergangenen Woche entführte Eric Wehrli ist gestern von der schiitischen Amal-Miliz befreit worden. Er war unverletzt. Angaben über die Identität seiner Entführer konnte Wehrli nicht machen. Nach den Worten des Führers der Amal-Miliz, Nabih Berri, führt eine Spur in die Schweiz. Die Entführer seien Verwandte jenes Mannes gewesen, der im November 1984 versucht haben soll, ein Kilogramm Sprengstoff von Beirut über Zürich nach Rom zu schmuggeln.

Dauerstreit um Zypern belastet die Südostflanke der NATO

E. ANTONAROS, Athen

Nicht zu Unrecht haben Politiker und Diplomaten in Athen und Ankara seit gut drei Jahrzehnten Zypern als das zuverlässigste Stimmungsbarometer für die äußerst schwierigen Beziehungen zwischen den NATO-Partnern Griechenland und der Türkei bezeichnet. Wann immer es auf oder um Zypern gekriselt hat, entstanden Spannungen zwischen Griechen und Türken. Dies war vor allem seit dem Zypern-Krieg im Sommer 1974 der Fall. Umgekehrt haben sich Spannungsphasen auf Zypern auch auf das Verhältnis der beiden Nachbarn zueinander positiv ausgewirkt.

Gerade deshalb hielten viele Beobachter den Gesprächen hoffnungsvoll entgegen, die der zypriische Staatspräsident Spyros Kyprianos und der türkische Volksgruppenführer Rauf Denktaş nach langer Vorbereitung am 17. Januar höchstwahrscheinlich in New York abhalten wollen. Die beiden Spitzen-

politiker der seit gut zehn Jahren geteilten Inselrepublik kommen zum erstenmal seit vielen Jahren zusammen. Nie zuvor waren die Aussichten auf eine Einigung besser.

Eine Annäherung auf Zypern würde sich zweifellos auch auf die beiden Mutterländer auswirken und die seit Jahren angeschlagene Südostflanke der NATO, die in den letzten Jahren wegen der brisanten Nahost-Problematik, der Situation in Iran und des Golfkrieges an geopolitischer Bedeutung gewonnen hat, wieder funktionsfähig machen.

An der Bedeutung einer Zypern-Lösung für die Griechen läßt Athens Regierungschef Papandreu keine Zweifel aufkommen: Erst letzte Woche reagierte er auf eine Dialog-Offerte des türkischen Ministerpräsidenten Özal mit der Feststellung, daß Gespräche zwischen Athen und Ankara erst nach einer Beilegung des Zypern-Konflikts aufgenommen werden könnten. Mit anderen Worten: Türkische Konzessionen würde-

erschein. Aber in der historischen Perspektive ist diese tiefstehende Angst verständlicher: 400 Jahre lang lebten die Griechen unter türkischer Okkupation. Ihren Befreiungskrieg führten sie gegen das Osmanenreich, und die Besetzung von Nord-Zypern vor zehn Jahren durch türkische Truppen macht sie skeptisch.

Papandreu, im Westen oft als Moskau-Sympathisant verteuelt, was angesichts von zahlreichen Äußerungen kein Wunder ist, macht im

Grunde genommen nichts anderes, als die Angst der Griechen vor den Türken für seine innenpolitischen Ziele auszunutzen.

In westlichen Hauptstädten - vor allem in Washington - scheinen die Außenpolitik-Planer endlich zur Einsicht gelangt zu sein, daß ohne eine Beilegung der bestehenden Probleme zwischen den beiden NATO-Nachbarn die NATO nicht funktionieren kann. Daher sind die Amerikaner, aber auch die Deutschen in letzter Zeit in Sachen Zypern offenbar besonders aktiv geworden. Mitteilfertig könnte dies eine Korrektur des Amerika-Bildes bewirken und auch Papandreu den Wind aus den Segeln nehmen.

Rein theoretisch ist die Südostflanke der Allianz intakt. Seit Ende 1980 ist Griechenland wieder im militärischen Teil der NATO integriert. Aber der Streit über die Insel Lemnos verhindert, daß Manöver stattfinden: die militärische Planung wurde lahmgelegt. Dennoch will es Papan-

dreu nicht auf einen Bruch ankommen lassen.

Ankaras Einstellung gegenüber der NATO ist klar: Nie haben die Türken ihre atlantische Zugehörigkeit in Frage gestellt. Die Veröffentlichung eines gemeinsamen Kommuniqués nach den Gesprächen des sowjetischen Ministerpräsidenten Tschornow letzte Woche in Ankara scheiterte unter anderem daran, daß die Türken die sowjetischen Positionen in der Raketenfrage - anders als die Griechen - und im Zusammenhang mit Afghanistan nicht gutheißen wollen.

Auch die Türken müssen allerdings Rücksichten nehmen, wenn ihre Politik nicht mit der ihrer NATO-Partner identisch sein kann. Dies trifft vor allem beim Umgang mit arabischen und anderen islamischen Ländern zu. Griechen und Türken wollen hier anders vorgehen. Auf diese neuen Realitäten muß sich die NATO einstellen. (SAD)

DIE ANALYSE



Als Architekt denken Sie in Alternativen. Bei der Finanzierung Ihres neuen Computers tun wir das auch.

Eine unserer vielen Finanzierungsmöglichkeiten ist das BfG-Praxisdarlehen, zum Beispiel für Architekten, Ärzte oder Rechtsanwälte.

Höchstbetrag eine Million Mark. Laufzeit bis zu 15 Jahre. Sprechen Sie mit uns. Gute Bankberatung ist Maßarbeit.

BfG-Ihre Bank

BfG-Bildschirmtext *33444 #.

Von REINHART RICKER

Vom Recht des Bürgers, alle Programme, deren Empfang möglich ist, zu nutzen

„Der Staat muß den Privatfunk schützen“



Den Ländergesetzgebern steht es grundsätzlich frei, privaten Rundfunk einzuführen. Wenn aber ein Land diesen Schritt vollzogen und sich für ein privatwirtschaftliches System entschieden hat, so erwächst für den Einzelnen ein individualrechtlicher Anspruch, im Rahmen des Art. 5 GG selbst aktiv zu werden. Er ist also berechtigt, die Rundfunkfreiheit auszuüben. Aus diesem individualgrundrechtlichen Anspruch wiederum erwachsen dem Staat spezifische Schutzverpflichtungen. Ihnen hat der Staat, das heißt, der die Rundfunkordnung ausstellende Gesetzgeber, Rechnung zu tragen.

Der erforderliche Schutz des Individualrechts drückt sich darin aus, daß privater Rundfunk, dem der Gesetzgeber das Tor geöffnet hat, auch eine realistische Existenzchance erhalten muß. Dies ist kein bloßes medienpolitisches Postulat, sondern eine rechtliche Feststellung. Denn aufgrund des Rechtsstaatsprinzips ist auch der Gesetzgeber an Recht und Gesetz, vor allem an die Grundrechte gebunden.

Deshalb sind Regelungen rechtswidrig, die ein Grundrecht zwar theoretisch effektuieren, es aber in der Praxis leerlaufen lassen. Daraus folgt: Wenn der Gesetzgeber die Ausübung der individuellen Rundfunkfreiheit regelt, so müssen diese Regelungen aus Gründen der Verhältnismäßigkeit verhältnismäßig und für den Einzelnen vorsehbare sein. Werden auf diese Weise individuelle Rechtspositionen geschaffen, so muß auch ihre praktische Realisierung gesichert sein. Das Rechtsstaatsprinzip beschränkt daher den Handlungsspielraum des Rundfunkgesetzgebers auf folgende zwei Wege:

- Wenn er privaten Rundfunk will, so muß er ihm eine Ausgangsposition schaffen, die dessen Lebensfähigkeit sichert;
- wenn er ihn nicht will, braucht er ihn nicht einzuführen.

Vor diesem Hintergrund ist die Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu problematisieren, die die Ministerpräsidenten in ihren Bremerhavener Beschlüssen ausgesprochen haben. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten beanspruchen einen angemessenen Platz in der Medienlandschaft von morgen.

Entscheidet sich aber ein Land für ein duales System, so treten die Fortbestands- und Entwicklungsgarantien für den öffentlich-rechtlichen und die für den privaten Rundfunk in Konkurrenz. Für die Existenzfähig-

keit beider Medienträger hat der Staat Verantwortung übernommen. In diesem Zielkonflikt muß ein angemessener Interessenausgleich gefunden werden...

Wo dieser angemessene Interessenausgleich liegt, möchte ich an Einführung von Werbung im Dritten Fernsehprogramm des Hessischen Rundfunks erläutern:

Obwohl die Bremerhavener Beschlüsse die Beschränkung der Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf den bisherigen Umfang vorsehen, wurde dieser Erbschleich zur Einführung von Werbung im Dritten Hessischen Fernsehprogramm in die Tat umgesetzt. In diesem Zusammenhang sind zwei faktische Umstände von Bedeutung: Zum einen hat hier RR erklärt, die neuen Werbeplätze seien für 1985 bereits völlig ausverkauft; man erwartet etwa 10,5 Millionen Mark an Einnahmen. Dieser Betrag entspricht ziemlich genau dem, was die privaten Fernsehgesellschaften für ihr 90minütiges Regionalprogramm im Kabelpilotprojekt Ludwigshafen jährlich benötigt. Das zeigt

schon die geringfügige Ausdehnung der Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk kann existenzbedrohende Ausmaße für die privaten Veranstalter annehmen.

m. E., daß bereits geringfügige Ausweitungen der Werbung existenzbedrohende Ausmaße für den privaten Rundfunk annehmen können.

Wo Rundfunk gemacht werden darf, ist nicht allein für die Veranstalter von Interesse, sondern auch und vor allem für den Bürger. Dies wird gelegentlich nicht deutlich genug gesehen. Gerade hier erscheint es mir besonders wichtig, daß die Länder einheitliche Lebensverhältnisse schaffen. Denn warum soll der Bürger in Hessen, Nordrhein-Westfalen oder Berlin sich nicht aus der gleichen Fülle von Quellen informieren können, wie derjenige in Rheinland-Pfalz oder Niedersachsen. Nach dem Grundgesetz ist der Bürger nicht Ob-

jekt staatlicher Informationspolitik, sondern: dazu in der Lage und aufgerufen, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Um ihm dies zu ermöglichen, steht ihm das Grundrecht der Informationsfreiheit zu, die Freiheit, sich aus allen allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Allgemein zugängliche Quellen sind nach der Rechtsprechung des BVerfG vor allem die Massenkommunikationsmittel wie Presse und Rundfunk. Es besteht insoweit ein prinzipiell umfassender Zugangsanspruch zu allen Rundfunkprogrammen, deren Empfang möglich ist.

Den wesentlichen Maßstab für die Frage, wo Programme empfangen werden können, setzt also das Grundrecht der Informationsfreiheit des Kabelteilnehmers. Jede Regelung der Frage, was und in welcher Reihenfolge in Kabelanlage eingespeist wird, hat sich hieran zu orientieren.

Gemäß den früheren Beschlüssen der Ministerpräsidenten sollen die Programme in der Reihenfolge ihrer Empfangsstärke eingespeist werden. Diese Anknüpfung an eine mechanische Größe bringt zwar eine gewisse Objektivität des Verfahrens. Es ist aber zu berücksichtigen, daß es hier um die Informationsfreiheit des Rezipienten geht. Sein Grundrecht umfaßt auch das Recht der Selektion unter denjenigen Quellen, aus denen sich der Einzelne informieren will. Die neuen Kommunikationsmöglichkeiten erlauben es, daß der Mechanismus von Angebot und Nachfragespruch ist, richtet sich da-

als sogenannte „Abstimmung am Kiosk“ in Kraft ist, nunmehr auch beim Rundfunkempfang stärker zur Geltung kommt. Deshalb ist m. E. außer im Bereich der Basisversorgung allein die Entscheidung der Mehrheit der Kabelteilnehmer ausschlaggebend für die Reihenfolge der einzuspeisenden Programme.

Diese Auswahlentscheidung ist in einem formalisierten Befragungsverfahren zu ermitteln, das in regelmäßigen Abständen von etwa 3 Jahren wiederholt wird, um die Auswahlentscheidung stets aktuell zu halten.

Auch hinsichtlich der ausländischen Programme trifft der Bremerhavener Beschluß keine Regelung. Insbesondere wurde offengelassen, ob und wann ausländische Programme wegen rechtswidriger Inhalte von der Einspeisung ausgeschlossen werden dürfen. Eine solche Regelung müßte aber in den noch abzuschließenden Staatsvertrag aufgenommen werden...

Der regelnde Gesetzgeber muß sich vergegenwärtigen, daß der Adressat von aufsichtlichen Sanktionen in erster Linie der Veranstalter sein muß, nicht der Rezipient. Einschränkungen der Empfangsfreiheit sind daher stets die ultima ratio. Sofern sie aber zum Schutz höherer Rechtsgüter unumgänglich sind, wird auch hier eine Güterabwägung notwendig. Dabei ist die Stärke des Zugangsanspruchs des Einzelnen zu dem jeweiligen Programm ausschlaggebend. Wie stark der Zugangsanspruch ist, richtet sich da-

nach, in welchem Umfang ein Programm bereits allgemein empfangbar ist. Dies ist im breitesten Umfang bei denjenigen Programmen der Fall, die bereits heute mit durchschnittlichen Antennenanlagen von jedermann empfangen werden können; man spricht hier von den „in der Luft befindlichen Programmen“. Da hier der grundrechtliche Zugangsanspruch besonders stark ausgeprägt ist, sind Eingriffe nur in krassten, notstandähnlichen Ausnahmefällen (etwa einer Sendung „Wie bastele ich eine Atombombe“) zulässig.

Müssen die Signale hingegen erst mit Kabeln, Richtfunk oder Satellit herangeführt werden, so sind sie zwar immer noch allgemein zugängliche Quellen. Denn sie sind nicht unerreichbar für den Rezipienten, sondern können technisch empfangen werden. Ihre Allgemeinzugänglichkeit ist aber geringer, so daß hier das Pendel stärker in Richtung Rechtsgüterschutz ausschlägt. Herangeführte Programme können also weitgehende Empfangsbeschränkungen unterworfen werden, als die in der Luft befindlichen...

Besonderes Augenmerk richtet der Ministerpräsidenten-Beschluß vom 19. 10. auf die Verbreitung durch den direktstrahlenden Rundfunksatelliten. Die Tatsache, daß auf diesem Satelliten zunächst weniger Fernsehkanäle bereitstehen werden, als es Länder in der Bundesrepublik gibt, macht eine Lösung erforderlich, bei der möglichst alle Länder ihre medienpolitischen Ziele verwirklichen

können. Denn sie alle sind Inhaber der Rundfunkfreiheit. Diese können sie aber nur dann realisieren, wenn sie sich auf eine gemeinsame, d. h. gruppenweise Nutzung der Kapazitäten einigen. Eine solche „pool-Lösung“ liegt dem Bremerhavener Beschluß zugrunde. Sie ist auch sachgerecht, damit nicht einige wenige Länder „das Rennen unter sich ausmachen“, und die anderen leer ausgehen.

Was aber geschieht, wenn es doch nicht zu einer pool-Lösung kommt, etwa weil der Staatsvertrag doch scheitert? - Denkbar wäre dann, daß Hessen seine verlaubte Anknüpfung wahrmacht, gegen die Abstrahlung von privaten Satellitenprogrammen verfassungsrechtlich vorzugehen. Dies könnte auf die Begründung gestützt werden, würde in Hessen privater Rundfunk etabliert, ohne daß ein entsprechendes hessisches Privatfunk-Gesetz verabschiedet worden wäre...

Technisch ist es nicht möglich, aus der Sendekette des Rundfunksatelliten ein Landesgebiet „herauszustanzeln“. Die Nutzung des Satelliten wird also dazu führen, daß seine Programme auch in Hessen empfangen werden können. Es fragt sich, ob dann der Grundsatz bundesfreundlichen Verhaltens die übrigen Länder dazu zwingt, auf die Nutzung des Satelliten für privaten Rundfunk ganz zu verzichten. Müssen sie sich, wenn es nicht zu einer Einigung kommt, auf das schonendere Mittel der Kabelverbreitung beschränken, die an der Grenze des „Verweigerlandes“ unterbrochen werden kann?

Ich meine, hier zeigen sich die Grenzen der Kooperationspflicht der Länder. Der Rundfunksatellit ist ein wichtiges Medium, das nicht nur für private, sondern auch für öffentlich-

rechtliche Veranstalter zusätzliche Sendemöglichkeiten bringt. Könnte ein Land durch sein Veto die Nutzung dieses Mediums gänzlich verhindern, so würde die positive Entscheidung der übrigen Länder durch die negative Einstellung eines Landes majorisiert. Es fragt sich, ob dieses Veto unter Berufung auf den Grundsatz bundesfreundlichen Verhaltens wirksam wäre, oder ob der Einspruch des „Verweigerlandes“ hier nicht einen Mißbrauch darstellt.

Der Grundsatz bundesfreundlichen Verhaltens verlangt in erster Linie die Mitwirkung der Länder. Sofern eine Regelung, die alle Länder angeht, nur länderübergreifend getroffen werden kann, darf der Widerspruch eines Landes nicht dazu führen, daß diese Regelung völlig blockiert wird. So aber wäre es hier: Die übrigen Länder waren an der Ausübung ihrer Rundfunkfreiheit gebunden, wenn das Veto des Landes Hessen wirksam wäre. Deshalb wäre nach der Rechtsprechung des BVerfG zum Grundsatz bundesfreundlichen Verhaltens ein solcher Widerspruch mißbräuchlich und daher unbeachtlich. Er könnte das Zustandekommen einer länderübergreifenden Einigung nicht verhindern. Die Länder müssen daher, wenn sie sich ihre Gestaltungsfreiheit im Rahmen der Rundfunkordnung erhalten wollen, den Kompromiß über die Nutzung anstreben.

Was aber ist zu tun, wenn der Abschluß eines Staatsvertrages scheitert? - Können dann die Abwägungsgründe, die für die Nutzung des Rundfunksatelliten gelten, auch auf die übrigen rundfunkrechtlichen Fragen angewendet werden? - Dürfen die B-Länder ihre eigene Rundfunkpolitik machen?

Die Rundfunkfreiheit des Landes, das eine negative Entscheidung zum privaten Rundfunk getroffen hat, darf die Rundfunkfreiheit derer, die sich positiv entschieden haben, nicht majorisieren oder ganz außer Kraft setzen. Die föderalistische Kooperation in Rundfunkfragen ist zwar ein wichtiges Gut. Sie sichert die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse, was gerade für den Rundfunk, der sich bekanntlich nicht an Ländergrenzen hält, von wesentlicher Bedeutung ist. Zudem verhindert der notwendige Kompromiß der Länder, daß Partikularinteressen bei der Regelung überhand nehmen.

Wenn aber der Bruch unvermeidlich geworden ist, dürfen und brauchen die B-Länder nicht davor zurückzuschrecken, im Rahmen ihrer Rundfunkfreiheit eigene Wege zu gehen.

Es fragt sich, ob ein Veto unter Berufung auf den Grundsatz bundesfreundlichen Verhaltens wirksam wäre, oder ob der Einspruch des Verweigerlandes nicht einen Mißbrauch darstellt.

Die Nutzung des Satelliten wird also dazu führen, daß seine Programme auch in Hessen empfangen werden können. Es fragt sich, ob dann der Grundsatz bundesfreundlichen Verhaltens die übrigen Länder dazu zwingt, auf die Nutzung des Satelliten für privaten Rundfunk ganz zu verzichten. Müssen sie sich, wenn es nicht zu einer Einigung kommt, auf das schonendere Mittel der Kabelverbreitung beschränken, die an der Grenze des „Verweigerlandes“ unterbrochen werden kann?

Ich meine, hier zeigen sich die Grenzen der Kooperationspflicht der Länder. Der Rundfunksatellit ist ein wichtiges Medium, das nicht nur für private, sondern auch für öffentlich-

FINANZANZEIGE

Republik Finnland

10% Anleihe von 1981/89
- Wertpapier-Kenn-Nummer 467 645 -

Kündigungsbekanntmachung

Sämtliche Teilschuldverschreibungen werden gemäß § 4, 1 der Anleihebedingungen zum 1. Mai 1985 gekündigt.

Alle Teilschuldverschreibungen werden vom 1. Mai 1985 an mit 101% des Nominalwertes zurückgezahlt.

Die gekündigten Teilschuldverschreibungen (mit Zinsscheinen zum 1. Mai 1985 und 1) werden den Inhabern gemäß § 5 der Anleihebedingungen kostenfrei eingekauft

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend aufgeführten Banken und deren Niederlassungen:

Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Bayrische Hypothek- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank
Westdeutsche Landesbank Girozentrale

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Kreditinstituten, die in den Anleihebedingungen genannten Bedingungen:

Allgemeine Bank Nederland N.V. Kanakia-Debre-Panice
Finspankki Union Bank of Finland Ltd. Schweizerische Bankgesellschaft
Banca Nazionale del Lavoro Banque Generale Lambert S. A. Banque Informations Luxembourg S. A. Banque Nationale de Paris Österreichische Länderbank Aktiengesellschaft

Die Verzinsung der gekündigten Teilschuldverschreibungen endet mit dem Tage, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden.

Für noch nicht fällige Zinsscheine, die bei der Einlösung nicht mit eingereicht werden, wird der Kapitalbetrag der eingekauften Teilschuldverschreibungen um den Betrag der fälligen Zinsscheine gekürzt.

Für noch nicht fällige Zinsscheine, die bei der Einlösung nicht mit eingereicht werden, wird der Kapitalbetrag der eingekauften Teilschuldverschreibungen um den Betrag der fälligen Zinsscheine gekürzt.

Im Auftrag
Dresdner Bank
Aktiengesellschaft

Frankfurt am Main, im Januar 1985

Exklusiv:

Thatcher: Auf uns können sich die Deutschen verlassen
Exklusiv-Interview der WELT mit der britischen Regierungschefin
2. November 1984

USA erwarten Bonner Beitrag zur Verteidigung im Weltraum
Weinberger fordert in der WELT zu Beteiligung an Forschungsprogramm auf
7. November 1984

Kanzler: Nach Ronald Reagans Wiederwahl den Frieden gestalten
Helmut Kohl schreibt in der WELT: „Der Ball liegt nunmehr im sowjetischen Feld“
8. November 1984

Abwehr einer Bedrohung - das ist der Kern
Exklusiv-Interview der WELT mit dem Leiter des US-Forschungsprogramms zur strategischen Abwehr, General James A. Abrahamson
1. Dezember 1984

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Möchten Sie diese Interviews noch einmal nachlesen?
Soweit der Vorrat reicht, schicken wir Ihnen gern die betreffenden WELT-Exemplare zu.
Bitte wenden Sie sich an: DIE WELT, Vertrieb, Frau Kuhlmann, Im Teelbruch 100, 4300 Essen 18, Tel. (02054) 101-541

DAUPHIN

GESUNDES SITZEN mit SYNCHRON-TECHNIK und BIO FEEDBACK ab DM 299,- (unverbindliche Preisempfehlung)

erhalten Sie beim guten BÜROFACHHANDEL

SANITÄTER FÜR AFGHANISTAN

Seit 5 Jahren führt die Sowjetunion Krieg gegen das afghanische Volk. Um die medizinische Versorgung zu unterstützen, hat die Rote Armee fast alle Hospitäler außerhalb Kabuls durch Luftangriffe zerstört. Hunderttausende Afghanen haben Verwundungen, leiden unter Speichen und Kränkchen, ohne daß ihnen medizinisch geholfen werden kann.

Seit Frühjahr 1984 betreibt die Aktion „Sanitär für Afghanistan“ drei kleine Hospitäler, die von einem deutschen Arzt betreut werden. Damit noch mehr Ärzte und Helfer zu diesen notleidenden Menschen geschickt, noch mehr Hospitäler errichtet werden können, brauchen wir Ihre Spende. Die Spenden sind steuerbegünstigt.

Weitere Informationen:
Bonner Afghanistan Komitee, Bonnerstr. 127, 5300 Bonn 1

Konto 9019 Sparkasse Bonn

Unfalltod - Kindermord?

Der wunde Punkt! Was mit Kindern auf unseren Straßen tagtäglich passiert, liest sich schlimmer als Mord und Totschlag! Was Kinder auf Fahrrädern betrifft, müssen Eltern, Schule und Behörden noch enger zusammenarbeiten, um diese sinnlosen Blutopfer zu vermeiden. Wer in unserem Land etwas für Kinder tut, tut das Beste für die Zukunft.

Fragen Sie uns - wir helfen weiter. Helfen auch Sie mit - durch Ihre Spende: "Schwarz" München, Mi-Nr. 43 0 509. Deutsches Kinderhilfswerk e.V. Langenfelder Hauptstr. 4, 8000 München 50.

Das Deutsche Kinderhilfswerk e.V. dankt für die kostenlose Einschaltung dieser Anzeige.

170 Hilfsmittel für den täglichen Gebrauch. Eine Marktübersicht - zusammengestellt vom Hilfsmitteldienst des Deutschen Roten Kreuzes

Alphabetische Übersicht kostenlos mit anhängendem Coupon. Persönliche Auskunft. Hersteller- und ungefähre Preisangaben durch Ihren DRK-Kreisverband

An das Deutsche Rote Kreuz - Generalsekretariat - Referat 22, Friedrich-Ebert-Allee 71, 5300 Bonn 1

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____

Bitte senden Sie mir Ihre Informationen über den DRK-Hilfsmitteldienst

مكتبة منة

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200-866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ostgebiete

„Wie ungut ist die Oster-Neu-...“
 Sehr geehrter Herr Conrad,
 für Ihren Artikel möchte ich Ihnen namens des Berliner Landesverbandes der Vertriebenen herzlich danken. Ich freue mich, daß es die WELT unter Ihrer Federführung unternommen hat, die Fakten dieses brennenden Themas in so objektiver und hervorhebender Weise darzustellen. Viele Bürger, aber auch Politiker unseres Landes haben in der Tat die historischen und völkerrechtlichen Grundlagen der deutschen Ostgebiete vergessen bzw. wollen diese nicht mehr wahrhaben und bezichtigen uns leichtfertig des Revanchismus, nur weil wir uns für einen gerechten Frieden auch für unser Volk einsetzen. Wir brauchen daher aufrechte Mitstreiter, gerade auch in den Zeitungsredaktionen! Ihnen dafür Dank und Anerkennung zu sagen, ist mir ein echtes Bedürfnis.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Dewitz
Berlin 61

Im Gegenteil

„Herr Dr. Dr. Sojka schreibt...“
 Dieser Artikel behandelt den Heroinmuggel per diplomatischen Kurier aus dem Außenministerium zur Botschaft meines Landes in Madrid.
 Wie aus der internationalen Presse hervorgeht, haben der Staatspräsident von Kolumbien und der spanische Ministerpräsident sofort gehandelt, um Untersuchungen einzuleiten und jede Rauschgiftsendung zu unterbinden. Im zweiten Absatz, dritte Spalte des Artikels heißt es allerdings: „Kolumbiens Botschafter in Madrid hält es für unwahrscheinlich, aber nicht ausgeschlossen, daß auch andere Missionen seines Landes in Europa mit Koks-Sendungen aus dem Staatspalast bedacht wurden.“
 Jedoch hat der Botschafter von Kolumbien in Madrid die von ihrer Zeitung als Zitat veröffentlichte Äußerung nicht gemacht. Ganz im Gegenteil hat er am 28. Dezember 1984 in der Tageszeitung „El Pais“ in Madrid folgendes gesagt: „Laut Informationen, die mir meine Regierung zugeleitet hat, besteht überhaupt keine Möglichkeit, daß in irgendeiner unserer Botschaften in der Welt dieser ungläubliche Fall sich hätte wiederholen können.“

Staatspräsident Betancur ebenso wie die gesamte Regierung und die Öffentlichkeit verwerfen aufs schärfste die Angriffe und Taten der

Wort des Tages

„Gegen den Strom der Zeit kann zwar der einzelne nicht schwimmen, aber wer Kraft hat, der hält sich und läßt sich nicht fortreiben.“
 Johann Gottfried Seume; deutscher Autor (1763-1810)

Personalien

PRÄSIDENTIALAMT

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat seinen Weihnachtsurlaub in Wackersberg bei Bad Tölz beendet und ist nach Bonn zurückgekehrt, um die Amtsgeschäfte wieder aufzunehmen. In Wackersberg besitzen die von Weizäckers ein Haus. Den Urlaub nutzte der Präsident zum Skilanglauf und zum Lesen. Sein Buch Nummer eins war von Thomas Nipperdey, die „Deutsche Geschichte“, 1800-1866. Der Personalrat des Bundespräsidialamtes und sein Vorsitzender, Horst Arnold hatten dem Präsidenten das Buch geschenkt. Es war ein persönlicher Buchwunsch von Weizäckers gewesen.

KIRCHE

Papst Johannes Paul II. hat Generalvikar Bruno Kreising für seine Verdienste in den zehn Jahren als Paderborner Generalvikar zum Apostolischen Protonotar ernannt. Bei der Übergabe der Ernennungsurkunde sprach Erzbischof Degenhardt seinen Dank für die „oft unbequeme und unangenehme“ Arbeit aus, die der Generalvikar in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Erzbischof in stets seelsorgerlicher Ausrichtung erfüllt habe. Erzbischof Degenhardt hatte ihn am 10. April 1974 zum Generalvikar berufen. Ebenfalls seit 1974 gehört er dem Metropolitankapitel an. Papst Paul VI. ernannte ihn 1976 zum Päpstlichen Ehrenprälaten.

GEBURTSTAG

Der international bekannte Pflanzengenetiker Professor Georg Melchers feierte in Tübingen seinen 80. Geburtstag. Melchers gelang vor über zehn Jahren als erstem die heute verbreitete Pflanzenzucht aus Protoplasten, den ihrer Zellwand

Rauschgifthändler, und sie kämpfen mit vereinten Kräften dagegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Luis González Barrios,
Botschafter von Kolumbien in der
Bundesrepublik Deutschland

Vergebung?

„Marx habe will Jeder nicht vergeben“
WELT vom 11. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,
 jeden Tag rasseln diese Leute es herunter: „...vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.“ Liebet eure Feinde! Alles nur Geschwätz. - Und soll dann für die von italienischen Partisanen erschossenen Deutschen auch keine Vergebung erfolgen? Wie weit sind wir doch noch vom Frieden entfernt!

Mit freundlichen Grüßen
H. Rall,
Freudenstadt

Ideologiefälligkeit

„Leserbrief: Marxsche oder Plebiszitäre“
WELT vom 11. Dezember

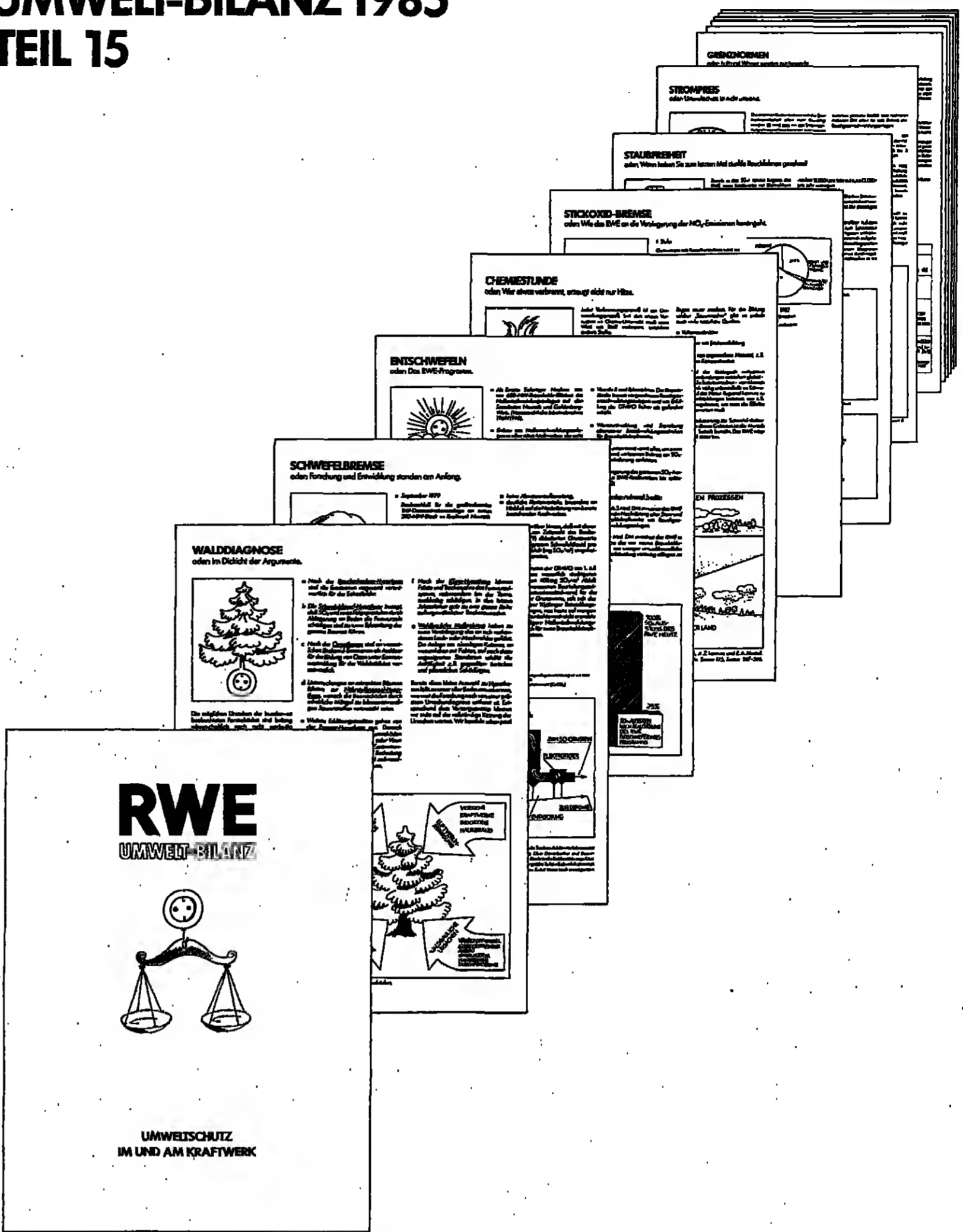
Sehr geehrte Herren,
 Herr Dr. Dr. Sojka schreibt: „Wer die Fähigkeit des Bürgers zur Regelung seiner eigenen Belange leugnet... muß die Demokratie als Staatsform durch eine bessere ersetzen“, und ergänzt dies durch die zugesetzte Bemerkung von „ausgewogen informierten“ Bürger.

Wer ist schon ausgewogen informiert? Die einen glauben blind dem Fernsehen, bestreiten alles, was die Springerpresse berichtet und an Meinungsbildung anbietet, die anderen ersticken in der Flut der verfügbaren Informationen; jeder sieht auf seine Weise aus, was er an Information an sich heranläßt und was nicht. Hinzu kommt die Tatsache, daß Medien - legitimerweise! - Tendenzbetriebe sind.

Und was will Herr Dr. Sojka unter „Demokratie“ verstehen? Sein Leserbrief läßt an Basis-Demokratie denken - aber das ist nicht die einzige Form, in der Demokratie existieren kann. Daher übersieht er, daß das Grundgesetz seine Forderung „die Demokratie - nämlich diejenige, die er sich vorstellt - durch eine bessere zu ersetzen, bereits seit Jahrzehnten erfüllt hat. Unsere Verfassung hat anstelle der unpraktikablen Basis-Demokratie die bislang bestens bewährte repräsentative Demokratie ausgewählt. In ihr kann (und muß) sich der wähler Abgeordnete und anderen Staatsträgern anvertrauen, solange er davon überzeugt sein darf, daß die staatlichen Institutionen sach- und fachgerecht entscheiden, solange Abgeordnete, Beamte, Richter lernbereit und nicht Ideologieverblendet tätig sind, dürfen wir uns ihnen in dieser Weise anvertrauen und fahren besser dabei, als wenn wir unser Schicksal in die Hände einer plebiszitären Mehrheit legen, die weit weniger lernbereit und wesentlich stärker ideologiefällig wäre.

Mit freundlichen Grüßen
K. Kroymann,
Hamburg 36

RWE UMWELT-BILANZ 1985 TEIL 15



RWE

UMWELT-BILANZ



UMWELTSCHUTZ
IM UND AM KRAFTWERK

UMWELT-BILANZ

oder: Umweltschutz Schwarz auf Weiß.

Das RWE zieht Bilanz. In einer Broschüre informieren wir Sie über Umweltschutzmaßnahmen in unseren Kraftwerken. In Worten, Zahlen, Bildern und Tabellen, Schwarz auf Weiß.

Die RWE Umwelt-Bilanz ist eine umfassende Bestandsaufnahme, die Probleme und Wege aufzeigt. Sie eröffnet Perspektiven, gibt Auskunft über wirksame praktische Maßnahmen und mögliche Lösungsmodelle. Lösungen, die viel Geld, Zeit und einen enormen technischen Aufwand

erfordern - denn Umweltschutz ist nicht umsonst. Aber jeder Pfennig, den wir - und damit Sie - für den Umweltschutz am Kraftwerk ausgeben, ist eine sinnvolle und notwendige Investition in die Zukunft.

Die RWE Umwelt-Bilanz informiert Sie über den aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik ebenso ausführlich wie über rechtliche und ökonomische Aspekte.

Sie liefert Ihnen Daten, Fakten und Argumente für die wichtige Diskussion über Energie und Umwelt.



COUPON

Fordern Sie mit diesem Coupon die RWE-Broschüre „Umweltschutz im und am Kraftwerk“ an. Kostenlos.

Name: _____
 Straße: _____
 PLZ/Wohnort: _____

RWE

Rheinisch-Westfälisches
 Elektrizitätswerk AG
 Kruppstraße 5, 4300 Essen 1

**Wie der Umwelt konsequent
geholfen werden kann, steht
nicht in den Sternen,
sondern in dieser Anzeige:**

**Die richtigen neuen Automobile sind
die für das umweltfreundlichste Fahren:**

**BMW 318i Katalysator 2 türlich / 4 türlich,
325e Katalysator 2 türlich / 4 türlich,
525e Katalysator, 535i Katalysator,
M 535i Katalysator, 635CSi Katalysator,
735i Katalysator –
alle mit neuester europäischer
Katalysator-Generation.**

Alle Modelle sind auch mit Automatic sowie zur späteren Umrüstung vorerst ohne Katalysator lieferbar.

Messen Sie die Zukunftssicherheit eines Automobil-Programms an seinen Umweltqualitäten. Prüfen Sie – auch bei neuen Modellreihen – inwiefern hier höhere Ansprüche erfüllt werden: durch modernste elektronische Triebwerkssteuerungen, durch ein umfangreiches Angebot an Katalysator-Modellen neuester Generation, durch genügend Fahrzeuge, die vorgerüstet für einen späteren Katalysatorbetrieb angeboten werden oder auf der Basis leistungsfähiger Triebwerks-Elektronik für das Nachrüsten anderer emissionsabsenkender Maßnahmen geeignet sind. Während die Katalysatortechnik noch diskutiert wurde, haben wir sie bereits perfektioniert. Ein Vorsprung, der sich vielfach auszahlt. Denn ganz besonders, wenn man gesteigerte

Ansprüche an die Leistungsfähigkeit von Automobilen stellt, muß die Katalysatortechnik höchsten Anforderungen genügen. Und hier hat BMW praktisch einzigartige Erfahrung: Bereits weit über 300.000 BMW wurden erfolgreich mit dieser Technik ausgerüstet. Als Ergebnis dieser überlegenen Erfahrung bietet BMW in der Bundesrepublik die neueste europäische Katalysator-Generation. Sie können sicher sein, daß die Katalysatortechnik von BMW sorgfältig auf die Bedingungen und Geschwindigkeiten unseres Straßenverkehrs abgestimmt ist. Und wenn Sie sich noch nicht für ein Katalysator-Fahrzeug entscheiden wollen – als Technologie-Führer für modernste elektronische Triebwerkssteuerungen gibt Ihnen BMW als Voraus-

setzungen, sich auf beste Weise die Optionen für nachträgliche Um- und Nachrüstungen offen zuhalten. Mit BMW Katalysatortechnik gehen Sie kein Risiko ein. Was die Umwelt jetzt am meisten braucht, sind Menschen, die entschlossen handeln. Lassen Sie sich nicht verträumen – übernehmen Sie die Initiative als Autofahrer und Autokäufer. BMW gibt Ihnen die Sicherheit, im ökologischen Sinne richtig und im ökonomischen Sinne klug entscheiden zu können. Der Fortschritt braucht Vorbilder. Geben Sie eins, indem Sie eins fahren: ein BMW Katalysator-Modell. Kauf, Finanzierung, Leasing – Ihr BMW Händler ist immer der richtige Partner.



MARKT
ZAHLEN
STELL
MOBIL
Pforz
Verkaufs
Kapital
STE
Geschäft

SPORTS

Otto nach Italien

Berlin (sid) - Frank Otto, Torhüter...

Grüner nach Nürnberg

Nürnberg (dpa) - Torhüter Roland Grüner...

Sieg für Olga Nemes

San Marino (sid) - Die für den MTV Stuttgart...

Kinshofer macht weiter

Essen (sid) - Christa Kinshofer, die für Holland...

Claudia Kohde geschickter

Washington (UPI) - Die Saarbrückener Tennisspielerin Claudia Kohde...

ZAHLEN

FUSSBALL
Halbeschlocher Meisterhaft: Lazio Rom...

EISHOCKEY / Verein rückt von seinem Arzt ab

Doping-Vorwürfe sind „Brunnenvergiftung“

Die öffentliche Diskussion über die Brutalität im deutschen Eishockey...

Diese deftigen Strafanträge stehen vor dem Hintergrund des Fouls von Roy Roedger...

STANDPUNKT / Judoka im Fußball - sanfter Weg oder Härte?

Als er noch auf der Matte stand, damals, als ihn die Japaner den blödsinnigen Samurai nannten...

FUSSBALL / Raducanus Kampf um die Familie

Frau und Sohn durften Rumänien verlassen

Vor zehn Tagen erhielt Marcel Raducanu (30) einen Anruf von seiner Frau Nicolina aus Bukarest...

Alt-Bundespräsident Karl Carstens hatte sich für die Familien-Zusammenführung eingesetzt...

SCHACH / WM

Karpow ahmt nur Kasparows Spiel nach...

Zwei Dinge sind an der 38. Partie der Schach-Weltmeisterschaft...

Die Notation (Weiß Karpow, Schwarz Kasparow): 1.SG3 G5, 2.d4 Sg6, 3.c4 e6...

RALLYE

Porsche richtet Luftbrücke für Ersatzteile ein

Porsche scheut keine Mühen, um seinen von Defekten gebeutelten Werksamts bei der Rallye Paris-Dakar...

Nach Behebung der Schäden begann die Aufholjagd der Porsche-Teams...

Pforzheim Verkaufspavillon von 700 m² in der Fußgängerzone. Das Objekt ist besonders für gastronomische Zwecke geeignet...

GRABER Unternehmensvermittlung. Wir vermitteln oder verkaufen Ihren Betrieb. Wir kaufen oder verkaufen Ihr Grundstück...

ORGANISATION / RECHNUNGSWESEN. Kaufmann, 45 Jahre, unternehmerisch geprägt, kostenbewusst, Führungserfahrung...

USA. Dr.-Ing. 41, verh., sucht Führungsaufgabe in einem Mittelbetrieb im Südosten der USA...

LOGISTIK. 22 J. W.-Ing., promoviert, mehrjährige Universitätstätigkeit im Bereich Betriebswirtschaftslehre/Logistik...

Kapitalanleger. Zweigungsveranstaltung von 3 Eigentümern in 2200 Hainhausen, Kleinfelderstraße 7 bzw. 8.

Von Privat. Wohnhaus in unverbaubarer Hanglage, zentral gelegen (Zw. Köln - Bonn) zu verkaufen (9 800 Wohnq. m²)...

Bankdirektor. Filialleiter, Dipl.-Kfm., Anfang 40, verh., vertritt in allen Sparten des Bankgeschäftes...

Rationalisierungstechniker. langj. Exp. ZBV in AV u. IK. Adäquate Aufgabe sofort gesucht.

Außenhandelskfm., weibl. (27), engl., franz., span., mehrj. Auslandserf. in Frankreich u. USA...

Finanz-/Verwalt.-Leiter - Betriebswirt (38). 5 J. in ungen. Pos. (Stz.-Vollm.), davor 6 J. EDV Orga./Prog. bei EDV-Hersteller...

Bauingenieur. mit über 20jähriger Berufserfahrung in Planung, Projektierung und Bauausführung...

Marketing- u. Vertriebsleiter. Dipl.-Volkw. u. staatl. gepr. Übersetzer, 41 J., seit 10 J. mittel- u. Geschäftsführung in mittelständ. Konsumgüterunternehmen...

Architekt - Hochbau. 36 J., verh., Betriebsbau, 10 J. Berufserfahrung, historische Tätigkeit 5 J. (Köln), ca. 1 J. Saudi-Arabien...

Dipl.-Kfm. Dr. rer. pol. Auf 30, ungen., mehrjährige Erfahrung in verantwortl. Position auf dem Gebiet der Fertigungscontrolling...

Geschäftsführer. das Tochterunternehmen des renommierten deutschen Großhandelsunternehmens...

Geschäftsmann, 38 J. leistungsorientierter Macher für neue Aufgaben, wird wieder aktiv werden, ev. auch als Mitarbeiter.

Dame sucht vielseitige Position. Kennis aller med. Fachrichtungen - perf. Hausfrau u. Köchin - fleißig - km. vermindert - Kindermädchen - per sofort.

Elektroniker. (Abschl. steil, spez. Techniker), fließend Arabisch, Deutsch, Englisch, deutsche Staatsangehörigkeit, 34 J., Fließband, EL, IT, sucht Arbeit im Raum Hamburg o. Schleswig-Holstein.

Architekt. mit langjähriger Berufserfahrung, abgeschl. Tischer Ausbildung, bisher selbstständig, sucht dringend Tätigkeit. Besondere Stärken: Renov./Sanierung, Innenausbau, Planung und Bauleitung.

Bewerber auf Chiffre-Anzeigen... bitten wir, die Chiffre-Nummer auf jeden Fall deutlich sichtbar außen auf dem Umschlag zu vermerken. Gelegentlich erreichen uns Zuschriften ohne Angabe der Chiffre-Nummer...

DIE WELT UNABHÄNGIGE VERMITTLUNG FÜR DEUTSCHLAND Anzeigenabteilung

Diskussion über die Kontaktsperre

Fortsetzung von Seite 1
begrißte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Fritz Wittmann, ausdrücklich die Werturteile...

Das jetzt aus der Vergangenheit geholte Gesetz ermöglicht es, inhaftierte Personen befristet von jeglichem Kontakt mit der Außenwelt und mit inhaftierten Gesinnungsgenossen abzuschneiden...

Gerade dieser letzte Punkt war damals strittig. Die FDP hatte während der zweiten Lesung des Gesetzes überraschend den Antrag eingebracht, Pflichtverteidiger von dieser Kontaktsperre auszunehmen...

Delors will vor allem das EWS weiterentwickeln

„Währungspolitik eng mit Arbeitslosigkeit verbunden“

WILHELM HADLER, Brüssel
Die Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems (EWS) zählt zu den wichtigsten Zielen, die sich der neue Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, gesetzt hat...

Die Gründung des EWS sei die einzige bedeutende Neuerung in Europa im letzten Jahrzehnt gewesen, sagte der frühere französische Finanzminister...

Nach Meinung von Delors würde eine Konsolidierung des EWS nicht nur einen wesentlichen Beitrag zu ei-

ner stärkeren internationalen Währungssicherung darstellen, sondern auch innerhalb der Gemeinschaft das Wirtschaftswachstum fördern...

Insgesamt sieht Delors seine Einflussmöglichkeiten realistisch. Er wolle weder ein Schausteller sein noch unüberlegte Versprechungen machen...

Von den 14 Mitgliedern der EG-Kommission haben nur drei (der Deutsche Karl-Heinz Narjes, der Italiener Lorenzo Natali und der Holländer Frans Andriessen) schon bisher der Europa-Exekutive angehört.

Weiter Schweigen in Genf

Fortsetzung von Seite 1

mit befähigten Beamten und Politikern einen Revers unterschreiben, in dem sie sich verpflichteten, jede Mittelung an Außenstehende im Zusammenhang mit der Verhandlungsmaterie zu unterlassen...

So kam es, daß im amerikanischen Presenzzentrum im Genfer Intercontinental-Hotel gestern nachmittag noch niemand wußte, ob und wann eine Unterrichtung der akkreditierten Korrespondenten über Verlauf und Ergebnisse der zweiten Außenministergespräche stattfinden würde.

Die sowjetische Presse hat gestern die Genfer Gesprächsrunde kaum beachtet. Das Parteiorgan „Pravda“ und alle anderen überregionalen Zeitungen veröffentlichten lediglich eine vier Zeilen lange Meldung...

Sowjetkreuzer für Indischen Ozean

ir, Haugkong

Die sowjetische Marine will offenbar einen großen atomgetriebenen Schlachtkreuzer der neuesten Bauklasse im Indischen Ozean stationieren...

Interdessen wurden in der „Pravda“ die Angriffe auf die amerikanische Rüstungspolitik und vor allem auf Präsident Ronald Reagan Pläne für ein im Weltraum stationiertes Raketenabwehrsystem fortgesetzt...

Gesammetall setzt auf Karlsruhe

Empört über Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts / Revision zu Warnstreiks zurückgezogen

PETER GILLIES, Bonn
Im Rechtsstreit um die Zulässigkeit von Warnstreiks wollen die Arbeitgeber der Metallindustrie keineswegs aufgeben...

Die Arbeitgeber legten Revision ein, wobei das BAG am 15. und 29. Januar 1985 erneut verhandeln sollte...

Der BAG-Spruch hatte noch im September eine politische Debatte in Bonn über die Frage ausgelöst, ob nicht der Gesetzgeber seine Zurückhaltung aufgeben und das Arbeitskampfrecht gesetzlich regeln sollte...

Bürgerrechtlerin droht Verbannung

DW, Bonn

Der 38-jährigen russische Bürgerrechtlerin Irina Grwinina drohte die Ausweisung aus Moskau und möglicherweise erneute Verhaftung...

Die Arbeitgeber legten Revision ein, wobei das BAG am 15. und 29. Januar 1985 erneut verhandeln sollte...

Die Metall-Arbeitgeber setzen dabei ihre Hoffnung jetzt auf das Bundesverfassungsgericht...

In ihrem verbindlichen Selbstverständnis fühlen sich die Arbeitgeber getroffen, weil ihnen das BAG ein eigenes Klagerecht absprach...

Die Arbeitgeber legten Revision ein, wobei das BAG am 15. und 29. Januar 1985 erneut verhandeln sollte...

Die Metall-Arbeitgeber setzen dabei ihre Hoffnung jetzt auf das Bundesverfassungsgericht...

In ihrem verbindlichen Selbstverständnis fühlen sich die Arbeitgeber getroffen, weil ihnen das BAG ein eigenes Klagerecht absprach...

Worms macht Wirtschaft zum Wahlkampfthema

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die CDU in Nordrhein-Westfalen will mit einem betont auf die Wirtschaft bezogenen Programm in den Landeswahlkampf ziehen...

Die CDU wolle „einen Weg zeigen, um die politischen Fehlleistungen der letzten Jahre zu überwinden, und den Bürgern Vertrauen in eine bessere Zukunft vermitteln“...

Die CDU wolle „einen Weg zeigen, um die politischen Fehlleistungen der letzten Jahre zu überwinden, und den Bürgern Vertrauen in eine bessere Zukunft vermitteln“...

London schließt zwei Konsulate

dpa, Bonn

Bei einer Neuordnung der britischen konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik sind das Generalkonsulat in Stuttgart und das Konsulat in Hannover geschlossen worden...

STELLANGEBOTE / GESCHAFTSVERBINDUNGEN

Wir sind die deutsche Tochtergesellschaft eines weltweit tätigen Konzerns der Nahrungsmittelbranche...
Group Accounting Manager (Leiter Rechnungswesen)

suchen wir einen Mitarbeiter, der sowohl fachlich wie vom Führungspotential her in der Lage ist, das Rechnungswesen eines international ausgerichteten Großunternehmens verantwortlich zu führen.

AUFGABEN: Verantwortliche Leitung des gesamten Rechnungswesens (Finanzbuchhaltung, Verkaufsbuchhaltung, Kostenrechnung)...

AUSBILDUNG: Betriebswirtschaftliche Basisausbildung. Mehrjährige praktische Erfahrungen im Rechnungswesen von Großunternehmen...

POSITION: Direkt dem Controller unterstellt. Enge Zusammenarbeit mit dem Bereich Finanzplanung und Kontrolle...

IHRE BEWERBUNG: Bitte senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen an unsere Personalabteilung.

HAG GF Aktiengesellschaft
Postfach 10 79 40
2800 Bremen 1
KAFFEE HAG, SCHONKAFFEE M, ONKO, MAXWELL, KABA, CEFRISCH, QUENCH, WEIS-FIT

Clubanlage auf den Kanarischen Inseln sucht
Animateur/in

mit entsprechender Animationserfahrung, im Alter zwischen 20 und 35 Jahren, für bestehendes Animationsteam per sofort.

Aussagekräftige Bewerbungsunterlagen an Inter Club Atlantic
San Agustín, Jazmines 2, Gran Canaria/Spainien

Mittelständischen Unternehmen stellt ab Januar 1985 vertriebsorientiertes Zeitmanagement

COMECON / YUGOSLAWIEN
Spezialist, Deutscher, Schweizer, Ausländ. sucht Geschäftsvorb. z. Export/Import...

Achtung! Einmalige Gelegenheit!
Danke eines völlig passierten, patentierten Verfahrens können wir Reproduktionen von weltberühmten Meisterwerken wie Rembrandt, Picasso, Gogh etc. in streng limitierter Auflage anbieten...

Dipl.-Ing.
Ingenieur im Bereich Elektrotechnik / Elektrischer Anlagenbau...

LAGER
1000 m² in sozialer Lage Schließzeit: 10 bis 12 Uhr...

Dynamische Firma
mit Filialbüro + Telex, sucht exkl. General-Vertretung, ggf. auch für Export/Import.

Krantz
beschäftigt rund 1500 Mitarbeiter und baut luft- und wärmetechnische Anlagen sowie Textilveredlungsmaschinen.

Energiesparende Strahlungsheizung
Wir suchen zur Forcierung dieses Produktes mit Anwendung in Produktions-, Lager-, Ausstellungshallen und dgl.

Industrie-/Handelsvertretungen
Sie sind unser Partner, wenn Sie in diesem speziellen Kundenkreis bereits Erfolg haben.

Marketing GmbH
mit Sitz in 4300 Essen, konkurrenzlosem Konzept sucht zum Ausbau geschäftsführenden vertriebsorientierten Teilhaber...

Was tun, wenn die Sirenen heulen?
Der Kuppelarchitekt „Securis“ aus Bonn-Friedrichsfeld...

GmbH oder KG
mind. 10 Jahre existent, zu kaufen gesucht...

Bauvorhaben - Portugal
Portug. Architekt, z. Z. in BRD, lang. Erf. in beiden Ländern...

Übernahme sofort
Vertriebs- und Organisationsaufbau...

tätigen Teilhaber
mit Berufserfahrung, er soll in absehbarer Zeit das Geschäft führen...

Ihre Büroadresse
im Köln-Junkersdorf
Übernahme aller Bürokosten, Telefon, Dienst, Schreibwaren etc.

Für Stellenanzeigen in Deutschland
Die Große Kombination
Stellenanzeigen
DIE WELT